Nr. 68 — 164. Jahrgang

Lippische Landes-Zeitung

Detmold, Freitag, 21. März 1930

Ältestes und verbreitetstes Blatt des Landes und der angrenzenden Bezirke

Die Lippische Landeszeitung mit den unentgeltlichen Beilagen „Die Frau im Heim und Beruf", „Gut Brand", „Deutsches Lied" „Vaterländische Blätter" „Kinder-Zeitung", „Der Handwerksmeister" u. „De. Landwirt" erscheint täglich morgens außer Montags. Monatl. Bezugspreis 2,20 M. im Postbezug 2,30 M zuzügl. Bestellgeld. Im Falle höherer Gewalt bei Streik Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Nachlieferung oder auf Rückzahl. d. Bezugspreises. — Herausg. u. Verl. Hofrat Staercke. Verantwortl. f. Politik: Erich Meinhard; Lokales: Wilh. Schmiedekamp; Sport: Ernst Rottmann; für die Anzeig.: Wilh. Brand. — Druck der Meyerschen Hofbuchdruckerei, sämtl. in Detmold. — Geschäftsst. in Detmold Paulinenstr. 14. — Fernspr.-Sammelnummer 2441.

Anzeigenpreis: 15 G.-Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 G.-Pf., amtliche Anzeigen 25 G.-Pf. die Millimeterzeile oder deren Raum; Reklamen 50 G.-Pf. Schwieriger Satz mit 50% Aufschlag. Beilagengebühr: 1000 Stück 15 G.-M., bei Teilauflage höher. Platzvorschriften mit erhöhtem Zeilenpreis. Bei Wiederholungen und Abschlüssen Rabatt nach Tarif. Zahlungspflicht 8 Tage nach Rechnungserteilung. Anzeigenrabatt gilt als Kassenrabatt und kommt in Wegfall bei Überschreitung der Zahlungsfrist, bei zwangsweiser Eintreibung durch Klage und außergerichtl. Beitreibchen. Postscheckkonto: Hannover Nr. 7646. Telegramm-Adresse: Landeszeitung Detmold. Druckereigebäude in Detmold Leopoldstr. 12. Fernspr. Nr. 2441. — Vertretungen in allen Orten des Lipperlandes.

§ 35!

Preußen im Kampf gegen die norddeutschen Staaten.

Als die deutsche Republik daran ging, das Reich nach innen zu festigen, als es an die Stelle der buntscheckigen Landes-Einkommensteuergesetze und Steuerverwaltungen das Reichseinkommensteuergesetz und die Reichssteuerverwaltung setzte, war kurz vorher in Weimar die Reichsverfassung geschaffen und im Artikel 8 dieser Reichsgrundrechte des deutschen Volkes die Lebenserhaltung und Lebensfähigkeit der deutschen Länder garantiert worden.

Die Lebensfähigkeit und -Erhaltung der deutschen Länder hatte schon lange vorher eine Rolle gespielt. Die agrarwirtschaftlichen und kleineren Bundesstaaten litten schon in den Jahrzehnten vor dem Kriege unter dem System der damaligen „Matrikularbeiträge", der Verteilung der Reichslasten nach der Kopfzahl der Bevölkerung. Gegen dieses rohe System der Lastenverteilung liefen nicht nur die davon benachteiligten Bundesstaaten Sturm, sondern seine Kritik gehörte auch im Lager der Sozial-Fortschrittlichen im Reichstage zu den Selbstverständlichkeiten. Wir erinnern uns, daß der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Neumann-Hofer kurz nach seinem 1907 erfolgten Eintritt in den Reichstag für die veredelten Matrikularbeiträge eintrat.

Die Reichsverfassung von 1919 und das Reichsfinanzausgleichsgesetz von 1920 trugen diesen Tendenzen Rechnung. Die politisch leitenden Persönlichkeiten und Kräfte jener Epoche mögen ebensowenig wie Bismarck ein halbes Jahrhundert vor ihnen Freunde der deutschen Vielgestaltigkeit gewesen sein. Aber wie Bismarck den deutschen Staatenbund tolerierte, nachdem er ein unvermeidbares Faktum geworden und von ihm unter höheren reichspolitischen Gesichtspunkten begrüßt worden war, so hätte man auch von den Lenkern der Deutschen Republik erwarten können, daß sie in respektvoller Würdigung und Anerkennung der Reichsverfassung die feierlich gelobte Lebenserhaltung und Lebensfähigkeit der deutschen Länder respektierten.

Leider ist vielfach das Gegenteil geschehen, und oft genug sind durch völlig unangebrachte Angriffe auf den föderativen Charakter des Reiches schwere politische Krisen heraufbeschworen worden. Oft genug haben diese Krisen geradezu zu Gefahren für die Reichseinheit geführt. In einem Augenblick besonders krisenhafter Zuspitzung gab der damalige Reichskanzler Dr. Wirth namens der Reichsregierung eine feierliche Erklärung ab, die schärfer wie der Artikel 8 der Reichsverfassung und schärfer wie alle vorangegangenen föderativen Zusagen den Bestand, die Eigenart und die Lebenserhaltung der Länder garantierte.

Das ist die Rechtslage, das sind die politischen und ethischen Grundlagen der Reichsgestaltung, wie sie durch die Verfassung von Weimar bewußt und gewollt geschaffen worden sind. Was indessen für uns, die wir auf dem Boden gesunder politischer Fortentwickelung unseres Verfassungslebens stehen, nicht bedeutet, daß an diesen Grundlagen nun etwa auf ewig nicht gerüttelt werden dürfe. Wir finden uns auch vom Standpunkt unserer lippischen Eigenstaatlichkeit durchaus damit ab, daß sich das deutsche Verfassungsleben nach den nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes richtet.

Was seit längerem in Preußen und von Preußen unterstützt, in einigen deutschen Ländern vor sich geht, findet unsere schärfste Ablehnung. Hierher gehören insonderheit die dauernden Bemühungen Preußens, den § 35 des Finanzausgleichsgesetzes zu beseitigen. Aus diesem § 35 fließen zu Gunsten der wirtschaftlich schwachen Länder — auch Bayern gehört in diese Kategorie — ca. 30 bis 35 Millionen Reichsmark jährlich. Das ist, gemessen an der national-politischen Bedeutung der in Frage kommenden Länder, ein geradezu lächerlicher Betrag.

Preußen hat vor einigen Wochen allen Ernstes den Antrag gestellt, den § 35 überhaupt zu beseitigen. Es hat den Antrag in einem Augenblick gestellt, als ihm das kleine Schaumburg-Lippe eine Absage erteilte. Also aus dem Rachegefühl kleiner Seelen, kleiner Köpfe. Es hat den Antrag gestellt, um nicht nur das kleine Schaumburg-Lippe, sondern auch das dreimal größere Lippe, um Oldenburg und Braunschweig, Anhalt und die übrigen Länder langsam abzuwürgen. Es hat ihn nicht um des Reiches willen gestellt, sondern um seine eigene Machtposition gegen das Reich zu stärken.

Als ihm vor einigen Wochen der Angriff auf völlige Beseitigung des § 35 nicht gelang, holte es zu einem in Motiv und politischer Gesinnung noch kleinlicheren Schlage aus. Sachsen und den Hansestädten waren wegen der möglicherweise eintretenden reichspolitischen Gefahren gewisse Bedenken gekommen. Mit Bayern und Württemberg wollten es besonders die Sachsen nicht verderben. Für die völlige Aufhebung des § 35 fand Preußen also keine Mehrheit. Es fand sie aber für eine Teilaufhebung. Sachsen und Hamburg ließen sich von Preußen auf anderen Gebieten Benefizien versprechen. Was den übrigen für die preußische „Teillösung" eintretenden Bundesgenossen versprochen worden ist, entzieht sich noch der öffentlichen Kenntnis. Aber wir können uns den Kuhhandel hinter den Kulissen vorstellen. Genug, Preußen hat gestern nachmittag für seine „Teillösung" im Reichsrat eine Mehrheit gefunden.

Für Lippe besagt sie, daß die Landkasse statt der ihr von Gottes und Rechtswegen zustehenden 1,3 Millionen Reichsmark eine halbe Million weniger erhält, und zwar schon mit Wirkung vom 1. April ab. Im Hinblick auf den ohnehin schon mit einem Fehlbetrag von 250 000 RM. abschließenden Haushaltsplan, im Hinblick auf die finanzielle Notlage der Gemeindeverbände ist das eine ernste Lage. Aber sollen wir deshalb kapitulieren, deshalb unter eine genau 750jährige Selbständigkeit einen Schlußstrich machen?! Preußen hat eine Kugel aus dem Lauf gelassen, von der noch nicht feststeht, daß sie uns trifft. Die zuständigen Stellen unseres Landes werden zu der durch den Reichsratsbeschluß geschaffenen Lage Stellung nehmen, sie werden zu überlegen haben, wie ihr zu begegnen ist. Was jetzt in Lippe geschieht, was sich an einschneidenden Maßnahmen nicht vermeiden läßt, dafür wird sich die Bevölkerung bei Preußen zu bedanken haben. Das Land wird sorgfältig zu erwägen haben, welche Hilfsquellen neu zu erschließen, ob und welche abbauenden Maßnahmen, ohne daß wir unter das preußische Niveau sinken, durchzuführen sind. Bevor wir uns unter das preußische Joch beugen, wird alles das zu erwägen sein, was uns auch fernerhin unser Eigenleben erhält. Wir sind überzeugt, daß der gesamte Landtag einmütig hinter der Auffassung steht, die Herr Drake in den letzten Tagen zum Schutze unserer Belange im Reichsrat vertreten hat.

Preußens Anschlag auf § 35

Der preußische Abänderungsantrag mit 37 gegen 29 Stimmen angenommen

vdz. **Berlin**, 20. März. In der heutigen Vollsitzung des Reichsrats wurde der Gesetzentwurf zur Uebergangsregelung des Finanzausgleichs verabschiedet. Diese Uebergangsregelung stellt nur eine Zwischenlösung dar, mit der den Ländern und Gemeinden über die besonderen Schwierigkeiten des Rechnungsjahres 1930 hinweggeholfen werden soll.

Von der preußischen Regierung wurde eine Aenderung des § 35 des Finanzausgleichs dahin beantragt, daß den finanziell schwachen Ländern in Zukunft aus dem Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer neben der normalen Ueberweisung nicht mehr weitere 25 Prozent, sondern nur noch 15 Prozent überwiesen werden. Dieser Antrag, gegen den sich die Vertreter Bayerns und der kleineren Länder in der Aussprache wandten, wurde mit 37 gegen 29 Stimmen angenommen. Mit der preußischen Regierung und sämtlichen preußischen Provinzen stimmten dafür die Länder Sachsen, Hamburg, Bremen und Lübeck. Nach der Annahme des preußischen Antrags gaben die Vertreter von Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin scharfe Protesterklärungen gegen den Reichsratsbeschluß ab. Mecklenburg-Schwerin erklärte, es sehe in diesem Beschluß eine Verletzung des Artikels 8 der Reichsverfassung und werde deswegen die Klage beim Staatsgerichtshof erheben.

Vor der Schlußabstimmung erklärte der Vertreter Bayerns, er müsse das Gesetz ablehnen, weil der Reichsrat den Anträgen Bayerns in verschiedenen Punkten, vor allem hinsichtlich des Verteilungsschlüssels bei der Bier- und Umsatzsteuer, nicht Rechnung getragen habe. Gegen die Vorlage erklärten sich auch die Vertreter von Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Lippe. In der Schlußabstimmung wurde der vorläufige Finanzausgleich mit 49 gegen 17 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lippe und Schaumburg-Lippe und Bayern.

Dem vom Reichstag angenommenen Gesetz zum Schutz der Republik stimmte der Reichsrat zu, nachdem die bayrische Regierung erklärt hatte, nicht zustimmen zu können, und der württembergische Vertreter beantragt hatte, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Ferner stimmte der Reichsrat dem Reichsminister-Gesetz zu sowie der vom Reichstag angenommenen Konkursordnung. Genehmigt wurde auch das Gesetz über die Landarbeitersiedlung.

Ein Zwischenfall

wtb. **Berlin**, 20. März. Im Reichsrat beantragte heute Staatsrat Ahlhorn (Oldenburg), den preußischen Antrag zur Uebergangsregelung des Finanzausgleiches an die Ausschüsse zurückzuverweisen. **Es handle sich dabei um eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit für die Länder, da der Antrag dem Geist der Reichsverfassung widerspreche und auch der Verfassungsausschuß zugezogen werden müsse.** Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister müßten auch von den durch diesen Antrag betroffenen Ländern unterrichtet werden und nicht nur von ihren Referenten, also einseitig.

Vorsitzender Staatssekretär Dr. Zweigert: Ich möchte die Kritik, die Herr Staatsrat Ahlhorn geübt hat, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Es kann keine Rede davon sein, daß der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister von dem Inhalt des Antrages nur in einseitiger Weise unterrichtet worden seien.

Der oldenburgische Antrag auf Zurückverweisung an die Ausschüsse wurde nicht ausreichend unterstützt

Scharfer Protest Thüringens

Erklärungen im Landtag

wtb. **Weimar**, 20. März. Im Verlauf der heutigen Landtagssitzung gab Staatsminister Baum im Namen der thüringischen Regierung eine scharfe Erklärung ab, die sich mit dem Vorgehen des Reichsinnenministers Severing befaßt. Die thüringische Regierung werde auf demselben Wege wie Reichsinnenminister Severing, nämlich durch Presse und Rundfunk, ihre Antwort erteilen. Das Vorgehen des Reichsinnenministers müsse befremden, da ein solches Vorgehen zwischen dem Reich und den Ländern nicht üblich gewesen sei.

In Beantwortung des sachlichen Inhaltes des Schreibens wird festgestellt, daß die thüringische Regierung gegen den Bund „Adler und Falken" nicht einschreiten konnte, da sich der Bund in keiner Weise gegen den Bestand des Reiches betätigt habe. Die bisher nicht erfolgte Beantwortung des Schreibens des Reichsinnenministers durch die thüringische Regierung gebe Herrn Severing nicht das Recht, die Überweisungen aus den Fondsmitteln an das Land Thüringen einzustellen. Diese Maßnahme, die nur geeignet sei, die Bevölkerung in Thüringen zu beunruhigen und einen Konflikt zwischen dem Reich und dem Lande Thüringen herbeizuführen, wird aufs schärfste zurückgewiesen.

Zu der Umorganisation der thüringischen Polizei wird erklärt, zunächst müsse vom Reichsinnenminister der bündige Beweis dafür erbracht werden, daß die vom Lande Thüringen mit dem Reich vereinbarten Bedingungen über die Zuweisung von Etatsmitteln für die thüringische Polizei nicht erfüllt worden sind. Der Reichsinnenminister habe aber nicht einmal mitgeteilt, in welcher Weise diese Bedingungen durch das Land Thüringen verletzt worden sein sollen. Seit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die neue thüringische Regierung sei in der Landespolizei mit Ausnahme der terminmäßigen Entlassungen und Beförderungen überhaupt keine Veränderung vorgenommen worden.

Die sozialdemokratische Fraktion forderte von dem Minister Frick, der bekanntlich die Umorganisation der thüringischen Polizei in nationalsozialistischem Sinne in öffentlichen Versammlungen angekündigt hatte, Auskunft über seine Absichten und außerdem Besprechung der Regierungserklärung in einer der nächsten Landtagssitzungen.

Heute nachmittag 4 Uhr tritt das Kabinett zu einer Sondersitzung zusammen, die sich mit dem Schreiben des Reichsinnenministers und mit der Lage befassen soll.

*

wtb. **Weimar**, 20. März. Die thüringischen Regierungsparteien erklärten sich in der heutigen Landtagssitzung mit der von einem Mitglied des Volksbundes eingebrachten Entschließung einverstanden, in welcher das Vorgehen des Reichsinnenministers Severing als mit der Verfassung nicht im Einklang stehend bezeichnet wird.



Dr. Frick — Severing

Anrufung des Staatsgerichtshofes?

cnb. **Weimar**, 20. März. (Eigene Meldung.) **Wie im Anschluß an die heutige Kabinettssitzung zuverlässig verlautet, wird die thüringische Regierung für den Fall, daß die Ankündigung des Reichsinnenministers, dem Lande Etatmittel vorzuenthalten, durchgeführt werden sollte, zur Herbeiführung einer Entscheidung den Staatsgerichtshof anrufen.**

*

Der Konflikt Reichsregierung — Thüringen.

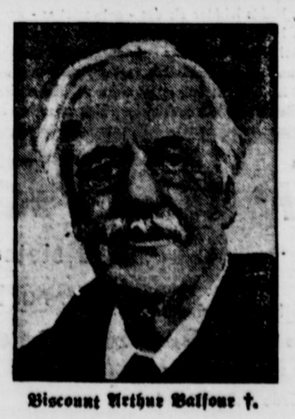
cnb. **Berlin**, 20. März. (Eigene Meldung.) Zu der Einstellung der Überweisungen aus Fonds der inneren Verwaltung und der Zuschußzahlungen für die Landespolizei in Thüringen hören wir von unterrichteter Seite, daß Reichsminister des Innern Severing sich über seine Maßnahmen vorher mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt hat, der sich mit seinem Vorgehen einverstanden erklärte. Auch mit dem Reichswehrminister Gröner hat der Reichsinnenminister Fühlung genommen. **Dabei hat der Reichswehrminister zum Ausdruck gebracht, daß er die Stellungnahme des Reichsinnenministers durchaus billige, da er befürchten müsse, durch das Verhalten der Thüringer Regierung den Nationalsozialisten gegenüber im Zusammenhang mit den zurzeit schwebenden Ermittlungen wegen nationalsozialistischer Propaganda in der Reichswehr in eine schwierige Lage zu kommen.**

Die Darstellung eines Berliner Mittagsblattes, daß Reichswehrminister Gröner die Auffassung vertreten habe, ein Verbleiben des Ministers Frick an der Spitze der Landespolizei von Thüringen könne nicht lange mehr geduldet werden, und daß der Reichswehrminister gemeinsam mit dem Reichsinnenminister die Frage eines Vorgehens gegen Thüringen geprüft habe, trifft nicht zu. Die ganze Angelegenheit wird von dem ressortmäßig zuständigen Reichsministerium des Innern bearbeitet, von dem, wie üblich, der Reichskanzler und die interessierten andern Ressortminister über die geplanten Maßnahmen unterrichtet worden sind.

Auftakt zum Mannheimer Parteitag

Sitzung des Parteivorstandes — Stärkster Besuch aus dem ganzen Reich.

wtb. **Mannheim**, 20. März. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat heute abend unter dem Vorsitz des Parteiführers Reichsminister a. D. Dr. Scholz im Parkhotel zusammen und erledigte die mit dem morgen beginnenden Parteitag zusammenhängenden geschäftlichen Fragen. Nach den vorliegenden Anmeldungen ist mit stärkstem Besuch aus allen Teilen des Reiches, insbesondere aus dem Rheinland, zu rechnen. Auch aus den Ostmarken, aus den verloren gegangenen und entrissenen Gebieten des Reiches sind zahlreiche Vertreter angemeldet. Infolge des großen Andranges mußten zahlreiche Besucher Unterschlupf in Ludwigshafen und Heidelberg suchen. Für das Interesse, das der Parteitag findet, und die Bedeutung, die ihm beigemessen wird, zeugen auch die zahlreichen Anmeldungen von Pressevertretern aller Parteirichtungen.



Viscount Arthur Balfour †.

Wieder eine Kinobrandkatastrophe im fernen Osten

wtb. **London**, 20. März. „Daily Expreß meldet aus Tokio: **Bei einem Brande in einem Kinotheater in Kirin (Mandschurei) kamen 76 Personen ums Leben, 27 werden vermißt und über 100 erlitten Verletzungen. Dies ist die zweite Brandkatastrophe, die sich innerhalb weniger Tage im fernen Osten in einem Kino ereignet hat. Am 10. März hatte sich, wie erinnerlich, in Shinkai in Korea ein ähnliches Unglück zugetragen, das über 100 Kindern das Leben gekostet hat.**

Der Reichsfinanzminister hat dem Kabinett den Entwurf eines Gesetzes über eine Ausgleichssteuer für Mineralöle (Mineralölsteuer) vorgelegt.

Versandung der Länderkonferenz?

Hessen und Reichsreform.

Der demokratische Minister Hessens Korell hielt in Alzey einen Vortrag über die wirtschaftliche und politische Zukunft Hessens. Minister Korell kam u. a. auf die Reichsreform zu sprechen und machte darauf aufmerksam, daß diese Reform im ersten Stadium wohl keine größeren Ersparnisse bringen dürfte. Erst durch eine organische Verwaltungsreform innerhalb des Reiches könnten diese erzielt werden. Der dezentralisierte Einheitsstaat sei in erster Linie eine nationale Forderung. Bei den letzten Landtagswahlen vor zweieinhalb Jahren hätte er diese Frage in den Vordergrund gestellt, die Wähler hätten ihn aber im Stich gelassen. Es ist daraufhin der Weg über die Länderkonferenz gegangen worden. Preußen, sowie einige süddeutsche Staaten hätten aber kein Interesse an der vorgeschlagenen Regelung gehabt. So ist die Länderkonferenz zunächst versandet. Daran hat die hessische Regierung keine Schuld. Wenn geflüstert werde, daß die hessischen Minister mit Rücksicht auf ihre Stellungen nicht energischer gewesen wären, so könne er dafür nur ein Achselzucken haben. Aus der Verzweiflung über die Stockung in den Verhandlungen sei der Wunsch entstanden nach Anschluß an Preußen. In dem Zeitpunkte eines Defizits von 6 Millionen Reichsmark, in dem Preußen glauben müßte, daß wir uns ihm an den Hals werfen, würde eine solche Politik zur Katastrophe führen. **Das wäre Selbstmord, Konkurs.** Erst müssen die Koalitionsparteien unter allen Umständen die Finanzen sanieren. Er sei ein leidenschaftlicher Anhänger des dezentralisierten Einheitsstaates und ein aufrichtiger Bewunderer der Leistungen Preußens in der Geschichte, müsse aber feststellen, daß nirgends ein stärkerer Zentralismus herrsche als gerade in Preußen. Der preußische Ministerpräsident wolle warten, bis ihm die kleineren Länder wie reife Aepfel in den Schoß fallen. Der deutsche Gedanke sei keineswegs identisch mit Preußen.

Neues vom Tage

Explosionsunglück in Charlottenburg.

In der Reparaturwerkstatt der Deutschen Gasolin A.-G. in Charlottenburg explodierte gestern vormittag ein 5000 Liter fassender Tankwagen, an dem Reparaturarbeiten vorgenommen wurden. Obwohl der Wagen vor Beginn der Arbeit dreimal mit Wasser ausgespült worden war, kam es während der Schweißarbeit aus bisher ungeklärter Ursache zu der ziemlich heftigen Explosion, bei der ein Schweißer leicht verletzt wurde und ein Lackierer schwere Arm- und Gesichtsverletzungen erlitt; beide wurden in das Moabiter Krankenhaus geschafft. Durch die Gewalt der Explosion wurde der Tankboden in einer Ausdehnung von 12 qm durchschlagen, sowie zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert.

Brandkatastrophe in einer persischen Stadt.

Der Ort Bandagscha am Kaspischen Meer ist nach einer Meldung aus Teheran durch eine gewaltige Brandkatastrophe zum größten Teil vernichtet worden. 394 Häuser liegen in Trümmer. Es sind mehrere Todesopfer und zahlreiche Verletzte zu verzeichnen.

Zur ersten Amerikafahrt der „Europa"



Der Riesenbug der „Europa", der nun die Wellen des Ozeans mit seinem mächtigen Steven durchschneiden wird.

*

wtb. **Paris**, 20. März. Wie Havas aus Cherbourg berichtet, hat der deutsche Schnelldampfer „Europa" heute nachmittag Cherbourg angelaufen. Sein Aufenthalt dauerte 65 Minuten. Um 5,20 Uhr nachmittags französischer Zeit trat der Dampfer die Weiterreise nach New York an. Der Kaitän der „Europa" erklärte, er werde während dieser Zeit nicht versuchen, die Rekordzeit der Überfahrt zu verbessern, denn es seien Stürme gemeldet.

Finanzen und allgemeine Landesverwaltung

Einmütiger Protest gegen Preußens Vorstoß zur Veränderung des Paragraphen 35 – Der Landtag in eigener Sache

Detmold, 20. März.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung des Landtages, die um 4 Uhr nachmittags ihren Anfang nahm, teilte der Präsident zunächst den Wortlaut der an anderer Stelle dieser Ausgabe veröffentlichten Anträge der sozialdemokratischen Fraktion bzw. der Landvolk- und Mittelstandsfraktion mit. Eingegangen ist außerdem die Vorlage 29 (Gesetz über die Polizeiverwaltung). Ein erneutes Gesuch des Justizobersekretärs Fischer in Bad Salzuflen, betr. Höhergruppierung, wurde nach kurzer Aussprache dem Hauptausschuß überwiesen, ebenso auch eine Eingabe des Lipp. Freiw. Feuerwehrverbandes, betr. Unfallversicherung der Feuerwehrleute. Auf die Tagesordnung gesetzt wurde auch noch die 2. Lesung des Staatsvertrages mit Preußen, betr. Abänderung des Gerichtsgemeinschaftsvertrages und zur Regelung der Lippstädter Rente.

Hierauf wurde die Etatberatung bei Titel I wieder aufgenommen.

Einnahme;:

Ia. Steuerverwaltung

Abg. Staercke (als Berichterstatter): Die Verhandlungen des Hauptausschusses standen naheliegend unter dem Eindruck der Ungewißheit über das Schicksal der Reichsfinanzreform. Die Entscheidungen des Reichstages würden voraussichtlich die eine oder andere Position der Reichssteuerüberweisungen beeinflussen. Ich erwähne hier insonderheit die Umsatzsteuer, von deren Erhöhung immer und immer wieder gesprochen wird, und die Kraftfahrzeugsteuer, die nach den amtlichen Meldungen auch eine Erhöhung erfahren soll. Was die eingestellten Beträge anlangt, so wurde vom Landespräsidium darauf hingewiesen, daß die eingestellten Summen auf die Mitteilung des Reichsfinanzministeriums zurückgeht. Die letzten Erklärungen der Reichsregierung besagten, daß ein Mehr keinesfalls erwartet werden könne, allerdings, was ich besonders betone, mit der Einschränkung, daß keine Umgestaltung der Reichssteuergesetze, soweit wir an Ueberweisungen an ihnen beteiligt sind, stattfindet.

Das Landespräsidium hat dem Hauptausschuß wiederholt und eingehend über die sich

um den § 35 des Finanzausgleichs

drehenden Verhandlungen berichtet. Preußen beabsichtigte ursprünglich, einen die Aufhebung dieses § 35 bezweckenden Antrag zu stellen. Es hat dabei, wie vom Landespräsidium mitgeteilt wurde, keine Unterstützung gefunden. Statt dieses aufs Ganze gehenden Antrages ist dann aber von Preußen der Antrag gestellt worden, für die Mehrzahl der norddeutschen Länder die Anteile an diesen Ausgleichsüberweisungen erheblich zu kürzen. Im wesentlichen läuft er darauf hinaus, daß den beteiligten Ländern nur die in ihren Grenzen aufkommenden Reichssteuererträge bleiben sollen und daß die Länder von diesem aufkommenden Erträgnis etwa einen Satz von 4 bis 5 Proz. an das Reich als Veranlagungs- und Verwaltungskosten abzuliefern haben. Als der Hauptausschuß über die Position beriet, war es noch zweifelhaft, ob Preußen für diesen Antrag eine zur Mehrheit ausreichende Unterstützung finden würde. Das Landespräsidium hat sich in diesem Augenblick energisch zur Wehr gesetzt und es gab dem Hauptausschuß Gelegenheit, zu der inzwischen in der Oeffentlichkeit publizierten Eingabe an den Reichsrat Stellung zu nehmen. Der Hauptausschuß hat diese Stellungnahme einstimmig gutgeheißen. Inzwischen hat der in Frage kommende Ausschuß des Reichsrates — es war am letzten Dienstagnachmittag — Stellung genommen. Wie uns Herr Drake in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses berichtete, hat der Antrag leider mit den unterstützenden Stimmen von Sachsen und Lübeck Annahme gefunden.

Heute fällt im Plenum des Reichsrates die Entscheidung.

Von Lippe aus ist in letzter Stunde alles geschehen, um wenigstens eine Hinausschiebung des Termins der Begrenzung unseres Anteils herbeizuführen. Nach dem jetzigen Wortlaut des preußischen Antrages würden die Ueberweisungen schon ab 1. April d. Js. gekürzt werden.

Die große, finanzielle Bedeutung des Vorganges erhellt am besten die Tatsache, daß sich die Kürzung der Ueberweisungen aus § 35 für unser Land auf 483 000 Mark belaufen würden. Die Mitteilungen des Landespräsidiums hierüber haben auf den Hauptausschuß einen ernsten Eindruck gemacht. Sie werden auch den Landtag und die Bevölkerung des Landes auf das ernsteste berühren.

Namens des Hauptausschusses habe ich dem ernsten Befremden darüber Ausdruck zu geben, daß das preußische Vorgehen den Art. 8 der Reichsverfassung völlig ignoriert, der die Verpflichtung des Reiches auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen, proklamiert. Aber auch darüber herrschte einmütigstes Befremden, daß in dieser Frage von einem der deutschen Länder der Versuch gemacht wird, die dem Reichskanzler und der Reichsregierung verfassungsmäßig allein obliegende Aufgabe der Reichsreform aufzurollen. Befremden herrschte auch darüber, daß diese außerordentlich wichtige Frage der Reichsreform und der Reichsverwaltung mit einem nur wenige Millionen Reichsmark ausmachenden Betrage zur Vorentscheidung gebracht wird. Nicht weniger unangenehm berührte es uns, daß sich dieses preußische Vorgehen ausgerechnet gegen die norddeutschen Staaten richtet, gegen sie, die, was keinem Zweifel unterliegen kann, in der sozialen und kulturellen Gestaltung eine führende Bedeutung in Deutschland gehabt haben. Wir glauben daran festhalten zu müssen und stimmen dem Landespräsidium darin bei, daß allein die Reichsregierung die deutsche Staatenfrage mit programmatischen Erklärungen einzuleiten hat und wir bedauern, daß das Reich in dieser für Deutschland so wichtigen Frage früher und auch heute geschwiegen hat. Gegenüber den drohenden Gefahren glaubt der Hauptausschuß in Uebereinstimmung mit dem Landespräsidium aus rechtlichen, politischen und sittlichen Gründen die Aufrechterhaltung des § 35 in seiner Totalität betonen zu müssen. Aus dieser Stellungnahme ging die einstimmig angenommene Entschließung des Hauptausschusses hervor, welcher der Landtag einstimmig zustimmen wolle.

Entschließung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hauptausschuß hat die Mitteilungen des Landespräsidiums zu den Verhandlungen über den § 35 des Reichsfinanz-Ausgleichsgesetzes und seine ungeschmälerte Sicherung und Erhaltung zur Kenntnis genommen.

Der Hauptausschuß hat keinerlei Einwendungen zu erheben gehabt und schließt dem Landtage vor, das Vorgehen des Landespräsidiums zu billigen und damit zum Ausdruck zu bringen, daß jede Schädigung des Landes durch Wegfall des § 35 oder durch Minderung der aus ihnen fließenden Einnahmen in keinerlei Weise entgegengetreten werden muß.

Die vorliegenden Anträge des Hauptausschusses und die Entschließung zum § 35 wurden einstimmig angenommen.

Abg. Staercke (als Berichterstatter): Im Hauptausschuß fand die Position A 1 h: Mehreinnahmen aus Reichsüberweisungssteuern 242 517 RM. eingehende Besprechung, auch die Frage, ob die Gemeinden daran beteiligt werden sollen, ob die Position Aufnahme finden solle als Anspruch an die Ergebnisse der in den Einzelheiten noch nicht feststehenden Reichsfinanzreform oder ob an ihrer Stelle eine Position „Fehlbetrag" Aufnahme finden soll. Der Hauptausschuß hat dann beschlossen, die Position zunächst zurückzustellen. Das Landespräsidium wurde beauftragt, — und eine entsprechende Erklärung hat es abgegeben — daß über demnächst eintretende Aenderungen unverzüglich Vorschläge zu machen sind.

Auch die Frage der Landessteuern erforderte nur eine kurze Besprechung.

Zur Frage der Grundwertsteuer wurde im Hauptausschuß der inzwischen vom Plenum erledigte, bzw. abgelehnte Antrag der Landvolk- und Mittelstandsfraktion über den Fortfall des 25prozentigen Zuschlages besprochen. Auch im Hauptausschuß hat dieser Antrag keine Annahme gefunden. Das Für und Wider hier zu erörtern, glaube ich mir sparen zu können.

Zur Gewerbe- und Berufssteuer wurden Ausführungen gemacht, wie wir sie des häufigeren im Landtag gehört haben. Der Ausschuß schlägt auch hier Annahme der Position vor.

Die Wandergewerbesteuer fand keine besondere Erörterung. Zur Entschuldungssteuer wurde an das Landespräsidium die Frage gerichtet, ob und wann mit einer Verordnung des Landespräsidiums über eine

weitere Lockerung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen

gerechnet werden könne. Das Landespräsidium erklärte, daß diese eine weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft bringende Verordnung binnen kürzester Zeit ergehen würde. Angenommen wurde zu der Position Entschuldungssteuer der Antrag.

Entschließung

Der Landtag wolle beschließen:

1. bei den Verhandlungen im Reichsrat über den Abschnitt „Entschuldungssteuergesetz" im Steuervereinheitlichungsgesetz dahin wirken zu wollen, daß die im Landessetz enthaltenen milderen Bestimmungen in der neuen Reichsregelung Aufnahme finden;
2. in gleicher Weise dahin zu wirken, daß bezüglich des Grundwertsteuergesetzes die sozialen Grundsätze des Landesgesetzes (Staffelung) Berücksichtigung finden.

Ein ausführliches Eingehen auf die bei Gelegenheit der Verhandlungen über diesen Antrag geäußerten Gründe kann ich mir ersparen. Es ist bekannt, daß zahlreiche Bestimmungen des Lippischen Landes-Entschuldungssteuergesetzes eine für die Bevölkerung günstigere Regelung aufweisen als sie im Reichsentwurf über das Steuervereinheitlichungsgesetz vorgesehen ist. Dasselbe bezieht sich auch auf den Abschnitt der Grundwertsteuer im Reichsentwurf und auf die sozialen Grundsätze des Landesgesetzes, wie sie im besonderen in der Staffelung des Steuertarifs bei uns Berücksichtigung gefunden haben.

Wertzuwachs- und Jagdpachtsteuer fanden keine Besprechung. Namens des Ausschusses habe ich Sie zu bitten, der unveränderten Genehmigung der Position A 2, Landessteuern, zuzustimmen.

Die Position A 3, Hebungs-, Mahn- und Vollstreckungsgebühren, fand eine eingehende Besprechung. Die seit einer Reihe von Jahren umstrittenen Fragen des Uebergangs der Landessteuerverwaltung auf die Reichsverwaltung wurde bei dieser Gelegenheit erörtert. Zu einer Beschlußfassung ist der Hauptausschuß nicht gekommen. Jedenfalls wurden keine bestimmten Anträge gestellt. Ich darf aber erwähnen, daß einige Mitglieder des Hauptausschusses die Landessteuerverwaltung mit dem Syestem der Steuerheber als einen gegenüber dem Reich besseren Zustand bezeichnen und seine Erhaltung wünschen. Auf der anderen Seite wurde ausgesprochen, daß vorübergehende Unfertigkeiten oder ein vorgekommenes technisches Versagen nicht zu bedeuten habe, daß deshalb das System der Vereinheitlichung und Zentralisierung schlecht sei. Aus Gründen der Reichsvereinheitlichung, der Sparsamkeit und sachlich bester Regelung müsse an einer Steuerverwaltung, wenn sie auch eine Institution des Reiches sei, festgehalten werden. Zu den im Hauptausschuß namentlich gegen das Finanzamt Lemgo geäußerten Beschwerden über unpünktliche Ablieferung der in den Jahren 28 und 29 aufgekommenen Gewerbesteuern sagte die Regierung eine Nachprüfung zu. Sie hat, wie ich erwähnen darf, inzwischen stattgefunden und ergeben, daß die geäußerten Beschwerden doch wohl nicht begründet seien.

Namens des Hauptausschusses habe ich Sie zu bitten, auch der Einstellung dieser Position, wie vorgeschlagen, zuzustimmen.

Abg. Meyer schlug vor, über die beiden Absätze der Entschließung zur Entschuldungs- und Grundwertsteuer getrennt abzustimmen. Die Ziffer 2 wurde einstimmig angenommen, während Abg. Meyer gegen die Ziffer 2 Bedenken geltend machte. Er betonte, daß in dem Entwurf des Steuervereinheitlichungsgesetzes bzw. in den dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zugeleiteten Denkschriften die Staffelung ausdrücklich abgelehnt sei. Wenn der Landtag der Entschließung zustimme, so setze er sich in Gegensatz zu den Steuersachverständigen des Reiches, die doch wohl eine bessere Kenntnis der Materie besäßen.

Die Abgg. Kuhlemeier, Staercke, Helms und Diestelmeier halten diese Bedenken nicht für angebracht und betonen den sozialen Charakter der Staffelung. Abg. Fassemeier erklärt, er könne die Tragweite der Entschließung nicht übersehen und daher nicht für sie stimmen.

In der Abstimmung wurde dieser Teil der Entschließung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und gegen den Abg. Fassemeier angenommen.

In seinem Bericht über die Verhandlungen des Hauptausschusses über die Position

„Überschüsse der Kreditanstalten"

führte Abg. Staercke u. a. folgendes aus: Auf die Frage, ob und in welchem Umfange die Landessparkasse zur Berücksichtigung der sich bei der Durchführung der Aufwertung ergebenden Härtefälle in der Lage gewesen sei, konnte im Ausschuß erklärt werden, daß 96 % aller angemeldeten oder behaupteten Härtefälle berücksichtigt worden sind. Die Landessparkasse hat also auch auf diesem Gebiet vorbildlich gewirkt.

Zu der

Entwicklung der Spareinlagen

konnten sehr erfreuliche Mitteilungen gemacht werden. Von eingezahlten 389 000 RM. im Jahre 1924 stiegen die Einlagen auf insgesamt 9,16 Mill. RM. am 1. März d. Js. Die Anzahl der Sparbücher stieg von 1677 im Jahre 1924 auf 12 516 am 1. März d. Js. Von den aufgewerteten Sparbüchern bestanden Ende 1929 noch 32 527 Stück, zuzüglich der neuen Sparbücher bewirtschaftet die Landesspar- und Leihekasse also 45 043 Stück. Die Gesamtsumme der nach der Inflation wieder hergestellten alten Sparguthaben der Landesspar- und Leihekasse beläuft sich auf rund 7,5 Millionen RM. Die Summe der Auszahlungen belief sich auf rund 1,6 Millionen RM. Da die Zinsen der auf- oder umgewerteten Hypotheken nur 5 % betragen, die für die Auszahlung zu leistenden Zinsen aber wesentlich über 5 % hinausgehen, so erwuchs der Landessparkasse daraus ein Verlust oder Zuschuß von 60 000 RM. Bei dieser Gelegenheit wurde eingehend über die Frage der Kündigung der Aufwertungshypotheken zum 1. Januar 1932 gesprochen. Das Landespräsidium teilte mit, daß es dem Reiche gegenüber den Standpunkt vertreten habe, daß eine Verlängerung der Fristen nicht erfolgen möchte.

Die Position wurde debattelos genehmigt.

E. **Vermögensverwaltung. (Einnahme)**

Abg. Staercke (als Berichterstatter): Namens des Hauptausschusses habe ich den Landtag zu bitten, den Positionen „Zinsen für Baudarlehen" 177 601 Mk., „Notstandsmaßnahmen" 42 416 Mk., „Beteiligungen und Sonstiges" 39 064 Mark, zuzustimmen, desgl. den Positionen „Abträge aus Baudarlehen" 325 930 Mk., „Notstandsmaßnahmen" 79 289 Mk., „Beteiligungen und Sonstiges" 2972 Mark, zuzustimmen.

Auch hier wurde dem Ausschußantrag ohne Aussprache zugestimmt.

Ausgabe

Titel Ia (Steuerverwaltung)

Abg. Staercke (als Berichterstatter): Die Position 1, Anteile der Gemeinden an dem Ertrag der Reichssteuern im Gesamtbetrage von 2 610 948 Mark führte zu keiner Aussprache, ausschließlich aus den Gründen, die ich bei meinem Bericht über die entsprechenden Einnahmepositionen aus Reichssteuern gemacht habe. Ich darf nur erwähnen, daß die Frage kurz besprochen wurde, ob der Anteil der Städte an den Kraftfahrzeugsteuerüberweisungen in einem gesunden Verhältnis steht zu dem Anteil der Aemter an dieser Kraftfahrzeugsteuer. Die Regierung sagte erneute Prüfung und gegebenenfalls abändernde Vorschläge zu. Ich habe Sie zu bitten, sowohl dieser Position zuzustimmen, wie auch der unter II, 147 050 Mk. an die Ausgleichsfonds zugunsten der Gemeinden aus Reichssteuern und Landessteuern und der unter A 3, besondere Zuweisungen zur Unterstützung notleidender Gemeinden 150 000 Mark.

Die Position A 4, Gehälter und Vergütungen der Steuererheber, führte zu einer längeren Aussprache. Hierbei beschäftigte sich der Hauptausschuß auch mit einigen an den Landtag gelangten Beschwerden und Wünschen. Der Hauptausschuß hat sich sehr eingehend mit den Einzelheiten dieser Wünsche und Beschwerden beschäftigt. Das Landespräsidium gab die Erklärung ab, daß selbstverständlich keinerlei Gefahren für die Entlassung, namentlich der Schwerbeschädigten, zu erwarten seien.

Nach Beendigung der Tätigkeit des Reichssparkommissars soll eine Nachprüfung stattfinden und entsprechende Vorschläge werden dem Landtag dann zugehen.

Die Position C (Ruhegehälter, Wartegelder und Hinterbliebenenbezüge) in Höhe von 831 530 Mark, wurde debattelos erledigt. Ich habe den Landtag zu bitten, ihr zuzustimmen und im Augenblick von weiteren Anträgen abzusehen.

Zur Position F (Schuldenverwaltung) wurde zu III (Beteiligungen und andere Vermögensobjekte) vom Hauptausschuß gewünscht und vom Landespräsidium zugesagt, daß entweder zwischen der 2. und 3. Lesung des Voranschlages oder bald nach der Verabschiedung des Haushaltsplanes über die Beteiligungen des Staates eine eingehende Besprechung stattfinden soll. Es handelt sich um die Beteiligungen des Landes an der Pesag mit nominal 391 800 Mark, um das Elektrizitätswerk Wesertal mit dem eingezahlten Geschäftsanteil von 250 000 Mark, um die Wesertal Installationsgesellschaft m. b. H. mit 5000 Mark, um die Beteiligung an der Extertalbahn-A.-G. mit 863 000 Mark, und um den Geschäftsanteil an dem Steinbruch Adelebsen mit 48 000 Mark.

Im übrigen habe ich den Landtag zu bitten, auch der Position F, wie im Voranschlag vorgeschlagen, zuzustimmen.

Die Position K (Zur Verfügung des Landespräsidiums 9000 Mark) fand eine kurze Besprechung, jedoch wurden keine Anträge gestellt. Ich habe das Haus zu bitten, der Position zuzustimmen.

Der Landtag stimmte den einzelnen Positionen ohne Aussprache zu. Damit ist auch der Titel I in 2. Lesung verabschiedet.

Es folgte die 2. Lesung des Staatsvertrages mit Preußen, der dann auch in 3. Lesung erledigt wurde. Wir berichten hierüber in dieser Ausgabe gesondert.

Nunmehr wurde der

Titel II des Staatshaushaltsplanes

behandelt. Präsident Mellies berichtete über die Ausschußverhandlungen. — Bei der

Position Landesstrafanstalt

sah der Ausschuß davon ab, die in dem Prozeß aufgeworfenen Fragen näher zu erörtern. Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt und die Fragen werden zum Teil erst in dem anhängigen Disziplinarverfahren ihre Klärung finden. Das Landespräsidium wird dann zunächst die Angelegenheit zu prüfen haben und außerdem wird es Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses sein, in den finanziellen Fragen, soweit das möglich ist, Aufklärung zu schaffen. Die Frage der evtl. Auflösung der Anstalt ist noch nicht geklärt. Das vom Landespräsidium gewünschte Gutachten ist inzwischen eingegangen und jetzt sich für die Auflösung der Anstalt ein. Das Landespräsidium hat aber eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Die Position wurde ohne Aussprache genehmigt.

Landtag

Präsident Mellies teilte in seinem Bericht mit, daß seinen Vorschlägen, betr. Neuanstrich der Wände im Zuhörerraum und der Beschaffung weiterer Stühle für die Zuhörer zugestimmt sei. Bei den sachlichen Ausgaben hat das Landespräsidium eine Kürzung der Ausgaben für die Protokolle vorgenommen. Der Ausschuß hat die Position in der früheren Höhe wieder hergestellt.

Abg. Helms stellte fest, daß in diesem Punkt eine gewisse Kontroverse zwischen Landespräsidium und Landtag vorhanden gewesen sei, da der Etat des Landtags ohne Befragen des Landtagspräsidenten aufgestellt worden sei. Er habe schon im Ausschuß gesagt, daß man die Autorität des Landtagspräsidenten gegen eine Bevormundung des Landespräsidiums bis zur letzten Konsequenz decken werde, weil man dadurch auch die Autorität des Landtags decke.

Präsident Mellies erwiderte, er sei in seinem Bericht nicht näher darauf eingegangen, weil die Dinge noch geklärt werden sollten. Der Etat des Landtags sei früher stets ohne Befragen des Landtagspräsidenten aufgestellt worden. Persönlich halte er diese Regelung auch nicht für richtig. Ein Verschulden des Landespräsidiums liege nicht vor. Wenn Herr Helms die Autorität des Landtagspräsidenten decken wolle, so sei er darüber erfreut, möchte aber auch darum bitten, dies dann auch in allen Fällen zu tun.

M. d. L.-Pr. Geise führte aus, es handle sich bei dem vom Landespräsidium vorgelegten Etat nur um einen Vorschlag, den der Landtag seinerseits ja abändern könne.

Abg. Helms erklärte, wenn er gesagt habe, daß er bereit sei, die Autorität des Landtagspräsidenten zu decken, so habe er auch gesagt, daß er damit die Autorität des Landtags selbst decke, und darauf komme es an. Ein Blankoakzept für alle Zeit könne er natürlich dem Landtagspräsidenten nicht ausstellen.

Abg. Staercke betont, die grundsätzliche politische Stellung ändere nichts daran, daß er und seine Freunde die Autorität des Landtagspräsidenten deckten, denn er und seine Freunde sähen in dem Landtagspräsidenten eine Institution, und nach der Führung der Geschäfte durch Herrn Mellies in der letzten Zeit hätten sie zu ihm auch das Vertrauen, daß er die Geschäfte sachlich führen werde.

Abg. Kuhlemeier erklärt sich mit dem Vorgehen des Landespräsidiums gleichfalls nicht einverstanden.

Nach weiterer Aussprache wird der Ausschußantrag angenommen.

Eine längere Aussprache riefen auch

die Positionen Landespräsidium u. Regierung

hervor. Der Ausschuß beantragte, die einzelnen Posten anzunehmen und den Teil der Eingabe des Beamtenbundes, der 1. die Schaffung eines Rechnungsamtes, 2. die Schaffung von Kanzleiassistentenstellen und 3. die Aufgruppierung einiger Angestellten und Beamten fordert, dem Landespräsidium zur Prüfung zu überweisen mit dem Ersuchen, dem Landtag über das Ergebnis demnächst Mitteilung zu machen. Die beiden Eingaben des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigten, betr. Schaffung von Beamtenstellen für Kriegsbeschädigte und Aufgruppierungen, werden ebenfalls zur Überweisung an das Landespräsidium zwecks Prüfung und Berichterstattung an den Landtag empfohlen, desgleichen die Eingabe des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigten, betr. Umwandlung einer bei der Badeverwaltung in Salzuflen bestehenden Angestelltenstelle in eine Beamtenstelle.

Abg. Staercke erklärte, daß die energische Art und Weise, wie der Vorsitzende des Landespräsidiums in Berlin die Interessen des Landes wahrgenommen habe, den vollen Beifall seiner Fraktion finde. Von einer politischen Stellungnahme zum Landespräsidium überhaupt wolle er deshalb absehen.

Abg. Kuhlemeier setzte sich für eine Berücksichtigung der Wünsche der Kanzleibeamten ein. Eine schnelle Prüfung sei wünschenswert. Man dürfe nicht immer sagen, daß die Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium nicht vorankämen.

Abg. Helms stellte namens seiner Fraktion den Antrag, die Position Tagegelder und Reisekosten für das Landespräsidium (3000 RM.) zu streichen, da als Dienstaufwand schon 2500 RM. eingesetzt seien.

Dieser Antrag rief eine längere Aussprache hervor, in der vom Präsidenten Mellies hervorgehoben wurde, daß die Tagegelder und Reisekosten dazu bestimmt seien, um die notwendigen Dienstreisen außerhalb des Landes zu finanzieren. Davon würden auch die Dienstreisen der Referenten des Landespräsidiums bestritten.

Der Antrag wurde schließlich gegen fünf Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen die Abgg. Helms, Stöppler, Kuhlmann, Schlinkmeier und Scholz.

Abg. Waldvogt trat für eine stärkere Überführung von kriegsbeschädigten Angestellten in das Beamtenverhältnis ein.

Die Abgg. Potthast und Diestelmeier verlangten schleunige Durchführung der Ruhelohnordnung für die Forstarbeiter, soweit sie nicht als saisonbeschäftigt anzusehen sind.

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

Bei der Position Regierung teilte Präsident Mellies als Berichterstatter mit, daß im Ausschuß die Frage an das Landespräsidium gestellt worden sei, welche Absichten hinsichtlich der

Wiederbesetzung der Stelle des ersten Regierungsrats

vorhanden seien. Das Landespräsidium teilte mit, daß es im Augenblick feste Beschlüsse noch nicht fassen wolle, da noch nicht abzusehen sei, welche Reorganisationen evtl. nach dem Gutachten des Reichssparkommissars und nach der Prüfung des Landespräsidiums in der Regierung vorgenommen werden sollen.

Die Positionen Regierung und Ämter wurden genehmigt. Die Anträge des Beamtenbundes, betr. Schaffung von Obersekretärstellen bei den Landratsämtern wurden dem Landespräsidium zur Prüfung überwiesen. Auf das Gesuch des Herrn Harms in Brake, betr. Weiterbeschäftigung bei der Amtssparkasse, faßte der Landtag den Beschluß, daß er sich nicht in der Lage sehe, in der Angelegenheit etwas zu tun. Der Antrag des Beamtenbundes, betr. Aufgruppierung des Kriminalkommissars Werthoff in Lemgo, wurde für erledigt erklärt.

Bei der Position Polizei wurde im Ausschuß auch gefragt, wie weit eine

anderweitige Leitung der Polizei

ins Auge gefaßt sei. Die Angelegenheit wird im Landespräsidium geprüft, zu einem Abschluß ist sie noch nicht gekommen.

Hierauf vertagte sich der Landtag auf Donnerstag, 27. März, nachmittags 4 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die verschiedenen neu eingebrachten Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der Landvolk- und Mittelstandsfraktion, die 2. Lesung des noch unerledigten Teiles des Titels II und die 1. Lesung der Vorlage 29. Schluß der Sitzung 6.20 Uhr.

Fraktionsanträge im Landtag

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:

Der Landtag wolle beschließen, das Landespräsidium zu ersuchen, bei der Ablösung im lippischen Südosten folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Den Kleinpächtern, die ihr Pachtland zum Teil unter außerordentlichen Opfern urbar gemacht haben, es andererseits zur Fortführung ihres kleinen landwirtschaftlichen Betriebes unbedingt benötigen, ist dieses Pachtland möglichst zu belassen.
2. Bei den größeren Grundbesitzern, deren Betrieb heute bereits eine genügende Existenzgrundlage bildet, ist die Abfindung möglichst in Geld vorzunehmen.

(gez.) Mellies. Waldvogt. Linne.

*

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion.

Der Landtag wolle beschließen, das Landespräsidium zu ersuchen, angesichts der Mitteilungen über die Submissionen beim Krankenhausbau dem Landtage baldigst eine Aufstellung zu unterbreiten, die enthält:

1. eine Zusammenstellung der ausgeschriebenen Arbeiten mit dem niedrigsten und höchsten Angebot;
2. eine genaue Aufstellung der Fälle, in denen von dem niedrigsten Angebot abgewichen wurde, mit der Begründung, warum das geschah;
3. dieselbe Feststellung wie unter 1 und 2 bei einem andern von der Bauabteilung ausgeführten Baudiekt. Die Auswahl bleibt dem Landespräsidium überlassen.

(gez.) Mellies. Linne. Tölle.

*

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion.

Der Landtag wolle beschließen, das Landespräsidium zu ersuchen, dem Landtage baldigst einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Besoldungsgesetzes zu unterbreiten, in dem die Bezüge der Mitglieder des Landespräsidiums eine wesentliche Herabminderung erfahren, soweit diese Mitglieder außerhalb der Tätigkeit im Landespräsidium ein versteuerbares Einkommen von mehr als 6000 RM. jährlich haben. Auf eine entsprechende Staffelung, die eine stärkere Herabsetzung bei wesentlich höherem Einkommen bewirkt, ist dabei Bedacht zu nehmen.

(gez.) Mellies. Diestelmeier. Potthast.

*

Initiativantrag der Landvolk- und Mittelstandsfraktion.

Abänderungsgesetz vom . März 1930 zu dem Gewerbe- und Berufssteuergesetz vom 14. Mai 1926.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1. Der § 12 Abs. 1 des Gewerbe- und Berufssteuergesetzes vom 14. Mai 1926 (L. V. Bd. 29 S. 339) erhält folgende Fassung:

Der Jahressteuersatz nach dem Gewerbeertrag beträgt:

a) für die 3000 RM. übersteigenden angefangenen oder vollen 1000 RM. (3000—4000 RM.) des gewerblichen Einkommens 0.75 v. H.;
b) für die weiteren angefangenen oder vollen 1500 RM. (4000—5500 RM.) 1,25 v. H.;
c) für die weiteren Beträge 1,75 v. H.

§ 2. Dies Gesetz tritt am 1. April 1930 in Kraft.

(gez.) Stöppler. K. Oberbracht. Helms.

*

Antrag der Landvolk- und Mittelstandsfraktion.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Landespräsidium zu ersuchen, baldmöglichst nachzuprüfen und dem Landtage entsprechende Vorschläge unterbreiten zu wollen, ob und in welcher Form das vom Reichstag verabschiedete Ministerpensionsgesetz auch in Lippe für die Mitglieder des Landespräsidiums entsprechende Anwendung finden könnte.
2. Landespräsidium zu ersuchen, wenn möglich noch während dieser Tagung dem Landtag eine Gesetzesvorlage des Inhalts unterbreiten zu wollen, daß Landesbeamte, die als solche Einkünfte nach Maßgabe der Gehaltsgruppen 1 bis einschließlich 4 der Besoldungsordnung beziehen und zugleich Mitglied des Landespräsidiums sind, nur 50 % desjenigen Bezüge erhalten, die für die Mitglieder des Landespräsidiums festgesetzt sind.

Begründung erfolgt mündlich.

(gez.) Helms. K. Oberbracht. Stöppler.

*

Antrag der Landvolk- und Mittelstandsfraktion.

Der Landtag wolle beschließen: Landespräsidium zu ersuchen, es möge veranlassen, daß in der am 14. März 1929 von der Regierung — Wirtschaftsabteilung — erlassenen Kürordnung für Eber und Bullen unter § 5 ein Nachtrag folgenden Inhalts eingefügt wird:

Die Besitzer nicht angekörter Eber und Bullen können gegen die Entscheidung der Kürkommission Einspruch bei der Regierung — Wirtschaftsabteilung — erheben.

Auf Antrag des Besitzers muß nach Maßgabe dieser Kürordnung eine Nachprüfung bzw. erneute Besichtigung des betr. Vatertieres stattfinden.

Diese Nachprüfung erfolgt durch die nach § 3 dieser Kürordnung gewählten Stellvertreter, welche in diesem Falle die Funktionen der Kürkommission in vollem Umfange ausüben.

Wird auch bei dieser Nachbesichtigung das betr. Vatertier nicht angekört, so hat der Besitzer die entstandenen Kosten zu übernehmen, im andern Falle die Staats- und Amtskassen in Gemäßheit des § 5 des Tierzuchtgesetzes vom 21. Mai 1920.

Begründung erfolgt mündlich.

(gez.) Helms. K. Oberbracht. Stöppler.

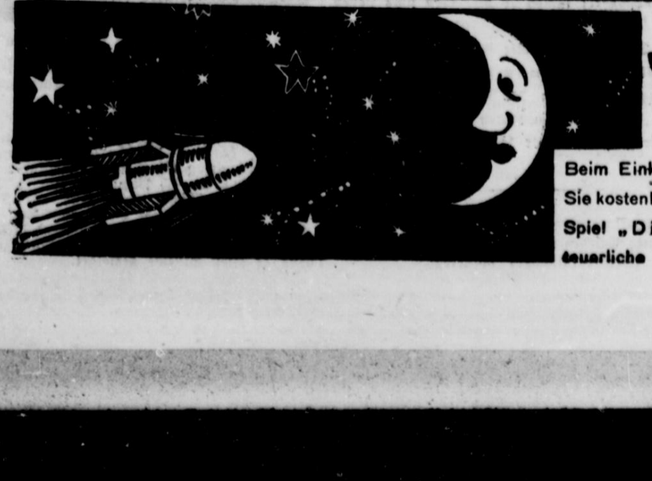


Oberstudienrat Dr. F.

ist einer der fähigsten und beliebtesten Lehrer, für den seine Schüler durchs Feuer gehen. Er bringt ihnen nicht nur Wissen bei; durch sein Vorbild erzieht er sie zu Menschen, die im Leben ihren Mann stehen werden.

„Daß Sie nie ärgerlich und immer guter Laune sind – sagen oft seine Kollegen – und das selbst in den schweren Wochen vor der Versetzung, ist kaum zu begreifen."

„Nichts leichter als das – entwortet er – wenn man Herz und Nerven schont und Kaffee Hag trinkt! Dieser prächtige Bohnenkaffee ist coffeinfrei und völlig unschädlich, regt an, aber nicht auf und ist im Geschmack gernicht zu übertreffen. Wollen Sie's nicht auch mal mit Hag versuchen?"



Beim Einkauf von 1 Pfd. Fri-Ho-Di erhalten Sie kostenlos das interessante Unterhaltungs-Spiel „Die Mondrakete", eine abenteuerliche Fahrt von der Erde zum Mond.

Für die Hausfrau von heute

sind stets Nährwert und Qualität entscheidend. Nehmen Sie statt Butter nur Fri-Ho-Di-Süssrahm-Margarine, damit werden Sie immer zufrieden sein.

½ Pfd. 60 Pfg. Fri-Ho-Di

Lipper Land

Schwanentragödie

Frühlingsanfang! Kraniche ziehen gen Norden. Primeln und Tausendschönchen haben ihr Sonntagskleid angelegt. Die kleinen Hündchen und die großen Köter gehen auf Brautschau. Der Flieder knospt, und die dicke Kastanie auf dem Wall will vor lauter Sehnsucht platzen. Die Schwäne auf dem Graben putzen ihre Daunen und schlagen mit den großen Flügeln in die Luft, grad so, als wär das ihre liebste Beschäftigung. Aber dieses Flügelschlagen kann auch gefährlich werden. Besonders im Frühling, wenn die Bäume ausschlagen und uns um Herz und Sinne so komisch wird. Ach ja, das Flügelschlagen!

Hatte sich da neulich ein Schwanenjüngling in ein wunderschönes Schwanenfräulein bis über den Schnabel verliebt. Nichtiggehend verliebt. Man muß nun wissen, daß es auch unter den Schwänen einen bedenklichen Frauenüberschuß gibt. Wissen Sie das nicht? Nun, dann sehen Sie sich doch einmal die Viecher etwas genauer an. Oder fragen Sie das Bauamt, das weiß Bescheid. Leider aber hatten die menschlichen Schwanenfreunde vergessen, daß auch ein Schwanenherz den Frühling merkt. Und das Cherchez la femme ist stärker als bittere Kälte und todbringendes Eis.

Der besagte Schwanenjüngling war also verliebt. Aber seine Auserwählte hatte eine böse Nebenbuhlerin. Das soll ja öfter vorkommen. Als nun gestern vormittag der junge Herr Schwan für den heutigen Frühlingsanfang ein Stelldichein mit dem schneeweißen Schwanenfräulein im stillen Mühlenwinkel verabredet und ihr ein bißchen übertrieben zärtlich im Gefieder zupfte, da schoß plötzlich mit großem Geschrei die Nebenbuhlerin aus ihrem Versteck hervor, hieb mit den Flügeln um sich und hackte so wütend auf die Rivalin ein, daß das rote Blut aus den weißen Federn floß. Er saß dabei, machte einen langen Hals und kreischte, daß man es im Rathaus hörte. Beherzte Männer eilten herbei und trennten die Kämpfenden.

Aus dem Stelldichein im stillen Winkel wird natürlich nichts. Aber was so ein richtiger Schwan ist, der weiß sich zu helfen. Es gibt ja viele schöne Schwanenfräulein, und Frühlingsanfang ist doch nur einmal im langen Jahr. p.

Das Bauprogramm auf dem Doktorkamp

Eingabe des Eigenheim-Bundes Niedersachsen.

Unterzeichnete Verbände gestatten sich folgende Eingabe dem Stadtrat und der Stadtverordneten-Versammlung zu unterbreiten:

Wie aus Pressemeldungen bekannt geworden ist, beabsichtigt die Stadt Detmold die Durchführung eines **Bauvorhabens auf dem Doktorkamp.** Dorwea möchten wir bemerken, daß auch wir selbstverständlich jeden Schritt begrüßen, der zur Linderung [illegible] und zur Behebung der Arbeitslosigkeit beiträgt.

Die zu errichtenden Wohnungen erscheinen uns aber zur Lösung der Wohnungsfrage für Detmolder Wohnungssuchende ungeeignet. Es wäre aber dagegen nichts zu sagen, wenn nicht die Stadt die Mietzinssteuerbeträge, die laut Gesetz für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, der Baugesellschaft als Baukapital zur Verfügung stellen würde.

Es ergibt sich somit die bedauerliche Tatsache, daß den Einzelsiedlern keine Darlehen aus der Mietzinssteuer mehr gegeben werden können.

Dem Stadtrat dürfte es nicht unbekannt sein, daß z. B. der Eigenheim-Bund Niedersachsen erst vor einigen Tagen 11 zinslose Darlehen nach Detmold gegeben hat, im Laufe des Jahres werden mindestens weitere 20 bis 25 zinslose Baudarlehen nach hier kommen; das würde einen Wohnungszuwachs von ca. 50 Wohnungen in einem Jahre bedeuten. Im Laufe der nächsten zwei Jahre ist mit einer noch größeren Zuteilung von Darlehen an Detmolder Bürger zu rechnen. Immerhin werden durch freie Siedlung und durch den unterzeichneten Eigenheim-Bund mindestens so viel Wohnungen geschaffen werden, wie durch die Frankfurter Baugesellschaft, nur mit dem Unterschiede, daß einmal minderbemittelte Kreise der Bürgerschaft zu einem Eigenheim kommen und außerdem die von diesen Leuten erstellten Mietwohnungen billiger sind, und dem Wohnungsamt die freiwerdenden Altwohnungen zur Verfügung stehen. Die Mehrzahl der Bauwerber hat bei der Sparsumme damit gerechnet, daß der noch fehlende Betrag durch ein Mietzinssteuerdarlehen aufgebracht würde. Diese Siedler könnten, wenn die Erträge der Mietzinssteuer fast restlos für das von der Stadt geplante Projekt Verwendung findet, zum Teil die zugeteilten Darlehen nicht verwenden, da eine vollständige Finanzierung nicht möglich ist.

Die durch das städtische Projekt zu schaffende Arbeitsgelegenheit würde auch durch den Kleinsiedlungsbau geschaffen. Das nach hier fließende Kapital können Sie ungefähr errechnen, da durchschnittlich ca. 15 000 RM. je Darlehen zur Auszahlung kommen.

Die unterzeichneten Verbände würden es als eine große Unbilligkeit betrachten, wenn die Mietzinssteuer zu dem vom Gesetzgeber gewollten Zwecke, der Schaffung von Kleinstedlungen, von der Stadt Detmold nicht verwandt würde. Wir sprechen die Hoffnung und Erwartung aus, daß die berechtigten Wünsche der Detmolder Baulustigen gebührend berücksichtigt werden, indem ihnen in erster Linie die Erträge der Mietzinssteuer zur Durchführung ihres Bauvorhabens zur Verfügung gestellt werden

Wohnungsbauverein Detmold.
gez.: Sievert. gez: Wallbaum.

Eigenheim-Bund Niedersachsen.
gez.: Riehmeier.

Vortrag im Bildungsverein

Die Jolundsage, ein Bild altgermanischen Lebens.

Zum Ausklang der winterlichen Vortragsreihe vermittelte der Detmolder Bildungsverein gestern abend im sehr gut besetzten Saal des Ev. Vereinshauses seinen zahlreichen Mitgliedern und Freunden die Bekanntschaft mit einer anerkannten Kapazität, dem geschätzten Germanisten Professor Golther-Rostock.

In einem fast zweistündigen Vortrag befaßte sich der Redner mit der Islandsage, einem Bild altgermanischen Lebens. Einleitend behandelte Prof. Golther das nunmehr 1000jährige Bestehen Islands, das in diesem Jahre in Gegenwart der Vertreter aller Kulturnationen besonders gefeiert werden soll. Die Besiedelung Islands habe im Jahre 874 ihren Anfang genommen. Durch die Auswanderung der norwegischen Bauern seien auf dieser Insel die ersten Ansiedlungen zustandegekommen. In der Folgezeit habe sich der christliche Einfluß immer stärker geltend gemacht, und damit hätten die ersten Christen auf Island festen Fuß gefaßt. Die in der Zeit von 874 bis 930 dauernde isländische Bevölkerungsbewegung habe sich bis auf den heutigen Tag zu einem rein germanischen Volksstamm ausgewirkt. Bereits zu jenen Zeiten habe man die Staatenbildung geschaffen, eine Landesversammlung sei gebildet, eine Staatsverfassung zustandegebracht. Die Staatsträger seien Tempelbesitzer geworden. Man müsse darunter Priester verstehen, die Privatbesitzer eines Tempels gewesen seien. Sie wären die ersten Träger der Staatsgewalt gewesen. Bis 1262 habe dieser Volksstaat bestanden, dann sei Island in die Gewalt der norwegischen Könige gekommen. Die Heiden hätten schon zu jener Zeit erkannt, daß das Christentum die Vorherrschaft behalten würde, und sie hätten aus diesem Grunde das Christentum anerkannt. Es sei eine einzig dastehende Tatsache, daß dieser große Glaubenskampf ohne einen einzigen Tropfen Blut zum siegreichen Ende geführt worden sei. Der Redner schilderte darauf den Gang der Jahrhunderte und kam zu den jüngsten Ereignissen. Im Jahre 1918 sei Island unmittelbar nach dem Ende des Krieges ein selbständiger Staat geworden. Das Inselreich mit etwa 100 000 Einwohnern hat eine eigene Regierung, aber diese Selbständigkeit bringt schwere Lasten mit sich. Es sei schon jetzt festzustellen, daß der englische Einfluß immer stärker würde. Island laufe Gefahr, immer mehr in das englische Fahrwasser zu kommen.

Nach diesem geschichtlichen Überblick ging der Redner auf Islands Dichtung ein. Drei Gruppen sind tonangebend. Es handelt sich um die Eddalieder, um Skaldenlieder in der Gestalt germanischer Preislieder mit wertvollen künstlerischen Reimen und um die Sagen. Man dürfe nicht annehmen, daß es sich bei den Sagen um phantastevolle Dichtungen handle. Sie seien in Island Wirklichkeit, Schilderungen, die tatsächlich wahr und aus dem Leben seien. Bei allen Zusammenkünften, beim Thing, sei die Sagaa sehr beliebt. Ein guter, ja der beste Sprecher, noch deutlicher gesagt, eine Klasse Männer für sich, sei berufen, die Sagga zu sprechen. Man müsse auch dabei zwei Gruppen unterscheiden, und zwar isländische Geschichte und Königsgeschichte. Die Sprache sei über Erhaben schön. In einem Satz würde ein ganzes Lebensschicksal gesprochen. Der Redner befaßte sich darauf ausführlich mit den fünf wichtigsten Dichtungen dieser Art. In meisterhafter Weise bewies er die Schönheit isländischer Dichtung, die Reinheit der Verse und den tiefen Inhalt geistigen Denkens.

Ein sehr interessiertes Publikum hatte nach diesem tiefgründigen und fesselnden Vortrag allen Grund, Herrn Prof. Golther mit wohlverdientem, langanhaltendem Beifall auszuzeichnen. —ch.

Aus Innsbrucks Bergwelt

Mit einem überaus wirkungsvollen Lichtbildervortrage des Herrn Stadtbaurats Sattler aus Braunschweig fand am Montagabend die Reihe der diesjährigen Vorträge des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins ihren Abschluß. In prächtig gelungenen farbigen Lichtbildern wurde die hehre Schönheit der Tiroler Alpenwelt vor Augen geführt. Was die Vereinsmitglieder und Bergfreunde da an herrlichen Partien von den Tälern und Gipfeln der Turer Alpenkette zu sehen bekamen, weckte wohl bei allen die heiße Sehnsucht, gleich dem Vortragenden diese Berge und Täler selbst durchstreifen und erstelgen zu dürfen. Wer seit Jahren die lange Reihe schöner Alpenwanderungen an Hand wirkungsvoller Lichtbilder im Deutsch-Österreich. Alpenverein miterleben durfte, wird dem Verein Dank dafür zollen und bekennen, daß der Montagabend sich dem unvergeßlichen Erlebnis vor drei Jahren, „Auf den Spuren Scarantias", würdig anschloß. — Der Saal des Gesellschaftsbaues war gut besetzt.

Kirchenkonzert dem Gedächtnis unserer Toten des Weltkrieges

Zwei Stunden weihevoller Erhebung durch die Macht der Töne bereitete der Männerchor Frohsinn e. V. am Sonntag Reminiscere, dem Tage, der in besonderer Weise dem Andenken unserer im Weltkriege Gefallenen galt, mit einem aus Oratorvorträgen, Männer- und Frauenchören, mit und ohne Orgelbegleitung zusammengesetzten Programm. Wenn der Besuch dieser stimmungsreichen Veranstaltung nicht den erhofften Erwartungen voll entsprach, so lag das wohl zum Teil mit daran, daß man es verabsäumt hatte, die Kriegerverbände und militärischen Vereinigungen zu dieser Totenehrung besonders einzuladen.

Die Vortragsfolge mit 2 Sätzen eines Mendelssohnschen Orgelsonate recht weihevoll durch Kirchenmusikdirektor W. Schramm eingeleitet, gelate in Chören von Silcher, Wohlgemuth, Bruckners „Trösterin Musik", Beethoven und M. Haydn den entbietenden vereinigten Männerchor auf achtungsgebietender Höhe. Der große Beethovensche Hymnus an die Natur mit Orgelbegleitung drang machtvoll durch den hohen, akustischen Kirchenraum und gab dem Abend einen prachtvollen Höhepunkt. Den Abschluß bildete eine Orgelfantasie von Liszt über einen Choral „ad nos, ad salutarem undam". Einige Frauenchöre wären in dieser überreichen Vortragsfolge entbehrlich gewesen. Den verdienten Leitern des Abends, Kirchenmusikdirektor Schramm und Oberlehrer Welle sei für diese musikalische Totenehrung der Dank nicht vorenthalten, der auch Studienrat Dr. Müller für die Begleitung auf der Orgel gezollt sei.

— **Die öffentliche Ermittlung der schriftlichen Abstimmung bei der diesjährigen Landwirtschaftskammerwahl** findet Montag, den 24. März 1930, abends 6 Uhr, die öffentliche Feststellung des Gesamtergebnisses Sonnabend, den 29. März 1930, nachmittags 4 Uhr, im Sitzungssaal der Landwirtschaftskammer statt. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß gemäß § 35 der Ausführungsanweisung vom 21. Dezember 1920 von jeder Gemeindebehörde dem Wahlleiter eine besondere Liste der mit Wahlscheinen versehenen Personen zu übermitteln ist und diese Liste am Tage nach der Wahl, also am 24. März 1930, spätestens um 6 Uhr abends, in den Händen des Wahlleiters sein muß (vergl. § 34, 1 der genannten Ausführungsanweisung).

— **Zinssätze der Landesbank.** Nach einer Mitteilung im Staatsanzeiger sind die Zinssätze der Lippischen Landesbank ab 12. März wie folgt verändert worden: Sollzinsen neben den üblichen Borschußprovisionen 6½ Proz., Habenzinsen 4 Proz. in laufender Rechnung, 3 Proz. für die provisionsfreien Scheckkonten.

Detmold

— **Verkehrsunfall.** Gestern nachmittag gegen 3 Uhr stießen an der Kreuzung Freiligrath-Weinbergstraße ein Motorradfahrer und ein Kraftwagen mit voller Wucht aufeinander. Der Motorradfahrer kam dabei so unglücklich zu Fall, daß er eine Strecke mitgeschleift wurde und erhebliche Verletzungen davontrug. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte er dem Landkrankenhaus zugeführt werden. Das Motorrad ist stark beschädigt. Die Polizei ist um die Aufklärung der Schuldfrage bemüht.

— **Selbstmordversuch aus Verzweiflung.** Der in Friedrichshöhe wohnende Kaufmann E. sollte gestern unter Zwang seine Wohnung räumen. Aus Verzweiflung darüber drehte er den Gashahn auf, um seinem Leben ein Ende zu machen. Im letzten Augenblick kam ein Transportarbeiter hinzu, bemerkte den starken Gasgeruch und rief einen Arzt. Die Wiederbelebungsversuche hatten schließlich Erfolg. E. wurde dem Landkrankenhaus zugeführt.

— **Landestheater.** Gerhart Hauptmanns Nokturnus „Elga" geht heute, 19.45—22 Uhr, neu einstudiert in Szene. Sonntag, 23. März, 12.45—22 Uhr, Wiederholung „Elga".

— **Reformierte Stadtgemeinde.** Am nächsten Sonntag werden die Konfirmanden des 1. Pfarrbezirks konfirmiert. Der Kirchenchor wird bei der Feier mitwirken durch den Gesang der Lieder: Meinen Jesum laß ich nicht (Tonsatz von Bach) und Jesu, hilf mir standhaft glauben (A. Becker).

Amt Detmold

Heidenoldendorf, 20. März. **Die Hühner vom Friedhof!** In der letzten Zeit konnte man wiederholt die Beobachtung machen, daß sich auf dem Ehrenfriedhof Hühner herumtrieben, die das wieder zunichte machen, was die Gemeinde auf dem Ehrenplatz ihrer gefallenen Söhne herrichten läßt. Vielleicht veranlassen diese Zeilen die betr. Anwohner, besser auf ihre Tiere zu achten. Im anderen Falle ist scharfes Durchgreifen des Gemeindevorstandes geboten.

Jerxen-Orbke, 20. März. **Kriegerverein.** Auf den am kommenden Sonnabend im Gasthof Belfort stattfindenden Familienabend (Krähnchen) wird hiermit nochmals hingewiesen.

Diddesen, 20. März. Auf vielfachen Wunsch findet am Sonnabend, dem 22. März, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Sternschanze" (H. Köster) eine Besprechung statt, in der die evtl. Gründung eines Schützenvereins bzw. Schützengesellschaft besprochen werden soll. Es ist wünschenswert, daß sich hierzu Interessenten aus allen Volkskreisen einfinden.

Pivitsheide B. H., 21. März. **Der alte Hüttemann †.** Am Dienstag morgen verschied infolge Schlaganfalls der hier allseits beliebte Ziegelmeister Heinr. Hüttemann. Der Gesangverein „Germania" wird seinem treuen Mitgliede, das seinerzeit den Verein mit ins Leben rief, morgen das letzte Geleit geben. Möge dem Toten die Erde leicht sein!

Amt Brake

Bösingfeld, 20. März. **Einführung des neuen Bürgermeisters.** In feierlichster Weise wurde der einstimmig zum Bürgermeister von Bösingfeld gewählte Herr Heinert in Gegenwart des Gemeindevorstandes und sämtlicher Kolleg-Mitglieder sowie über hundert Zuhörer im großen Rathaussaal in sein Amt eingeführt. Der Vorsitzende, Herr Frankenstein, führte aus, daß es wohl das erste Mal in der Geschichte Bösingfelds vorkomme, daß ein Nicht-Bösingfelder die höchste Stelle in der Gemeinde bekleide. Er begrüßte Herrn Heinert im Namen der Gemeindevertretung und wünschte, daß sich die Zusammenarbeit mit allen Schichten der Bevölkerung zu seiner Freude und zum Segen der ganzen Gemeinde auswirken möge und sagt ihm hierzu die Mitarbeit der Gemeindevertretung zu. Hiernach wurde Herrn Heinert der Amtsstock überreicht und vom Vorsitzenden zu seiner Wahl als Bürgermeister beglückwünscht. Herr Bürgermeister Heinert antwortete: Meine sehr verehrten Herren der Gemeindevertretung! Werte Anwesende! Ich danke dem Herrn Vorsitzenden für die freundlichen Begrüßungsworte, ich danke den Herren der Gemeindevertretung für das Vertrauen meiner einstimmigen Wahl. Was aber will und verlangt Bösingfeld nun von ihrem neuen Bürgermeister? Aller Wunsch ist sicher, einen Erfolgsbeamten für die Gemeinde zu bekommen. Wenn ich Ihnen nun kein großzügiges, in allen Einzelheiten durchgearbeitetes Programm vorlege, so tue ich es nur, weil ich die Verhältnisse Bösingfelds nicht kenne, selbstverständlich nicht kennen kann. Ich erinnere hier nur an die vielen Ministerreden unserer Zeit, von denen zwar viel versprochen, aber herzlich wenig gehalten wird. Ich möchte erst wägen, dann wagen, erst kommen und dann sehen. Ich aber biete Ihnen meinen absoluten Ehrlichkeitssinn, meine in den langen Jahren meiner kommunalen Tätigkeit gesammelten Erfahrungen und verspreche Ihnen ohne Unterschied von Person und Stand, der erste Diener von Bösingfeld zu sein, da mir das Wohl der hiesigen Gemeinde über alles geht. Wir wollen Bösingfeld weiter aufbauen, denn Stillstand ist Rückschritt. Zur Aufbaupolitik aber gehört Sparsamkeit, und darum müssen wir wirtschaften und weiterstreben im Sinne einer zeitgemäßen und zweckmäßigen Sparsamkeit. Meine sehr verehrten Herren Gemeindevertreter! Die stete Entwicklung Bösingfelds kann allerdings nur voranschreiten, wenn Sie mir weiter Ihr Vertrauen schenken. Vertrauen gegen Vertrauen. Schlagen Sie in die Ihnen von mir gebotene Rechte ein, und lassen Sie mich Ihnen durch Handschlag versprechen, daß all mein Wirken in der mir von Ihnen anvertrauten Gemeinde zum Segen der gesamten Bürgerschaft geschehen soll.

Aus den Nachbargebieten

Herford, 20. März. **Ein eigenartiger Unfall.** Eine Haustochter hatte sich die Haare gewaschen und sich vor eine elektrische Sonne gesetzt, um ihr Haar zu trocknen. Sie hatte vergessen, ihre Zelluloidkämme aus dem Haar zu nehmen, die plötzlich in Brand gerieten. Das Mädchen trug schwere Verletzungen am Kopf davon.

Bielefeld, 20. März. **Aus finanziellen Sorgen in den Tod.** Die Ehefrau B., Mutter von fünf Kindern, stürzte sich hier in einen 10 m tiefen Brunnen und konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Die Frau hat diesen Verzweiflungsschritt aus finanziellen Schwierigkeiten unternommen. Ihr Ehemann ist seit längerer Zeit krank und die vielköpfige Familie hatte bittere Not zu leiden.

Kassel, 20. März. **Eine glückliche Braut.** Eine Kontoristin von hier kaufte sich für 50 Pfennig ein Los der Passauer Dombau-Lotterie. Gestern mittag bekam das junge Mädchen, das sich erst kürzlich verlobt hatte, von dem Lotterieeinnehmer die freudige Mitteilung, daß sein Los mit dem Hauptgewinn von 10 000 RM. gezogen wurde. Ein schönes Geschenk für die bevorstehende Hochzeit.

Bekanntmachung

Der Entwurf des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1930 liegt gemäß § 86 des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 1. Dezember 1927 ab heute eine Woche lang zur Einsicht der Gemeindebürger auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses aus.

Detmold, den 21. März 1930.

Der Stadtrat.

Landwirtschaftskammerwahl

Gemäß den Bestimmungen des Landwirtschaftskammergesetzes vom 20. Oktober 1921 und der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammer vom 9. Dezember 1921 sowie gemäß § 12, Ziffer 10 und 11, des Landtagswahlgesetzes vom 17. Dezember 1920 und § 6, Ziffer 8, der Ausführungsanweisung vom 21. Dezember 1921 mache ich hierdurch die gültigen Wahlvorschläge für die am 23. März 1930 stattfindende Wahl zur Landwirtschaftskammer für das Land Lippe mit dem Bemerken bekannt, daß Abänderungen nicht mehr zulässig sind. Die Listen werden in den einzelnen Gruppen nach der Reihenfolge ihres Eingangs veröffentlicht.

Detmold, den 10. März 1930.

Der Wahlleiter:
(gez.) Dr. Schmidt, Oberschulrat i. R.

Ein Abdruck der Wahlvorschläge ist im mittleren Rathausflur an der Tafel für öffentliche Bekanntmachungen zu jedermanns Einsicht angeschlagen.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Detmold, den 20. März 1930.

Der Stadtrat.

Landwirtschaftskammerwahl

Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer im Bezirk der Stadt Detmold finden am **Sonntag, dem 23. März d. J., vorm. 11—1 Uhr** im Sitzungszimmer (hinter dem Sitzungssaal) des Rathauses statt.

Wahlvorsteher: Herr Landwirt K. Langebeckmann, hierf., Bachstraße 36.

Stellvertreter: Herr Landwirt Aug. Stölting, hierf., Steinhof 21.

In Anbetracht der geringen Anzahl der Wähler ist die Wahlzeit auf vorstehende Tagesstunden abgekürzt worden.

Detmold, den 20. März 1930.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung

Von Montag, dem 24. d. M., ab ist der Kommunalweg Blomberg—Malpe, Strecke Blomberg—Delbrücke, zur Vornahme von Wegearbeiten auf 3 Wochen gesperrt. (3041

Umgehungsweg: Blomb.—Freismissen—Malpe.

Blomberg, den 19. März 1930.

Der Stadtrat: Dr. Baraob.

Erstklassige Existenz
bei einem monatlichen Einkommen von RM. 600 und mehr bieten wir tüchtigen Landreisenden. Es handelt sich um Dauerposten. — Bewerbung. a. D. U. 922 an Postschließf. 360, Braunschweig.

WIPPERMANN'S
Stammhalter
feinster Doppel-Wachholder
F. W. Wippermann-Lemgo.

Zum 15. April suchen wir einen erfahrenen
Omnibus-Chauffeur
Schriftl. Meldg. an: Omnibus-Verkehrsgesellschaft Luftkurort Schieder

Suche zum 1. 4., evtl. später, einen erfahren.
Müllergesellen
welch. selbständ. arbeit. kann. Schriftl. Angeb. unter Nr. 3600 an die Geschst. der Landesztg.

Maschinist
(Maschinenmeister)
gesucht, möglichst unverheiratet, für Dauerbetrieb; gel. Schlosser oder Schmied, fleißig, tüchtig, energisch, f. Kessel, Dampfmaschine, Riegeleimaschine, Kraftanlage, Schleppertrieb usw. Möglichst Hufbeschlag und Drehen. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an: Dampfziegelei Neuben b. Kemberg, Bez. Halle

Fleißige
Landarbeiterfamilie
und ein tüchtiger, verheirateter oder lediger
Schweizer
zum 1. April od. spät. gesucht. Gute Zeugnisse erforderlich. (3005
Blome, Biemsen
Tel. 316 Bad Salzuflen

Senden Sie mir Ihre Adresse
bis M. 25.— tägl.
könn. Sie verdienen b. Heimarbeit usw. (3068
H. Bergen, Mannheim

Älterer, kinderl., erfahr.
Brenner
sucht Stellung i. Ringofenziegelei. Ia Zeugn. u. Referenz. sind vorh. Mich. Schade, Brenner Wiesbaden Clarenthalerstr. 20

Schuhmacherlehrling
sucht (3043
Fritz Tiemann
Schuhmachermeister
Bad Salzuflen
Lange Straße

Suche durchaus ehrl., sauberes, evangel.
Mädchen
nicht unter 20 Jahren, für kleines Restaurant auf d. Lande, welches auch helfen muß. Gäste bedienen. (3039
Restaur. Zur Tiefebelle Ihmert, Kr. Herford
(Nähere Ausk. bei Frl. E. Sprenger, Hiddesen.)

Wegen Erkrank. des letzigen suche auf sofort oder 1. April ein sauberes
Mädchen
für Haus und Garten.
Frau Elise Gerbes Dörrels Mühle, Lage

Zum 1. Mai sucht 2 gebildete
junge Mädchen
zum Kochenlernen.
Ulrich
Hotel Externstein

Nach Bad Salzuflen werd. in Fremdenpens.
2 Kochlehrfräulein
für die Saison gesucht zur Erlern. der Küche u. des Haushalts. Zwei Mädchen vorhand. Pensionspreis pro Monat 60 M. Zuschrift. unter Nr. 3647 an die Geschst. der Landeszeitung.

Junges Mädchen, 21 Jhr. alt, in all. Zweig. d. Hausw. erfahr., sucht zum 1. 4. oder später
Stellung
als Stütze. Schriftliche Angebote unt. Nr. 3640 an d. Geschst. d. Ldsztg.

Suche für meine Tocht., 17 Jahre alt
Stellung
im Haushalt für sofort oder später. Schriftliche Angeb. unter Nr. 3667 an d. Geschst. d. Ldsztg.

Junges Mädchen, 20 Jahre alt, sucht zum 1. 5. 30
Stellung als Stütze
zur weiter. Ausbild. in Hotel o. Pensionshaus. Schriftl. Offert. unt. Nr. 3642 an die Geschst. der Landeszeitung.

Villa in Detmold
billig zu vermieten z. 1. April. Schriftliche Meldungen unter Nr. 3645 an die Geschst. der Landeszeitung.

Wohnung
Etage 5 Zimmer, zum 1. April zu vermieten.
Adolf Nagelschneider Schlangen (Lippe)

Feldbahn-Material



Kauf — Miete

Muldenkipper, Kastenkipper, Ziegeletagenwagen, Absetzwagen, Schiebebühnen, schräge Unterwagen, Gleis, Weichen, Drehscheiben usw., — Sonderkonstruktionen.

2,5 u. 5 m lange Weichen für 500 u. 600 mm Spurweite, aus leichten Schienenprofilen, aus alten Beständen sofort aus Vorrat zum halben Tagespreis lieferbar —

Eisenwerk Weserhütte A.G.
Bad Oeynhausen i. W. Fernr.-Sammel-Nr. 2551.

Oskar-Wilde-Werke
in Knaues Standard-Büchern

Einleitung von Arnold Zweig: Mustergültige Ausstattung: Gute Übersetzungen

Inhalt des I. Bandes:
Einleitung von Arnold Zweig / Gedichte (mit Genehmigung des Insel-Verlages zu Leipzig) Das Bildnis des Dorian Gray / Lord Arthur Saviles Verbrechen / Das Gespenst von Canterville / Die Sphinx ohne Geheimnis / Der Modellmillionär / Das Bildnis des Herrn W. H. / Deutungen / Die Seele des Menschen unter dem Sozialismus / Sätze und Lehren zum Gebrauch für die Jugend

Inhalt des II Bandes:
Das Granatapfelhaus / Der glückliche Prinz und andere Märchen / Gedichte in Prosa / Lady Windermeres Fächer / Eine Frau ohne Bedeutung / Ein idealer Gatte — Bunbury oder Die Bedeutung ernst zu sein / Salome (mit Genehmigung des Insel-Verlages zu Leipzig) Eine florentinische Tragödie (mit Genehmigung des S.-Fischer-Verlages Berlin) Epistola in carcere et vinculis (De Profundis) (mit Genehmigung des S.-Fischer-Verlages Berlin) Aus dem Gefängnis / Die Ballade vom Zuchthaus zu Reading (mit Genehmigung des Insel-Verlages zu Leipzig

Umfang 1396 Seiten
Preis (zwei Bände): 5,70 M. in Ganzleinen., 7,50 M. in Halbleder. 9,60 M. in Ganzleder.

Vorrätig in der
Bücherstube der Meyerschen Hofbuchhandlung



23.-26. MÄRZ
KÖLNER MESSE
TEXTIL · HAUS- UND KÜCHENGERÄTE WOHNBEDARF

SONDERGRUPPEN
23.-26. MÄRZ: Deutsche Seide · Neuzeitliche Wäschebehandlung · Moderner Schaufensterbedarf · Land- und Wassersport · Auslandgruppen
23.-28. MÄRZ: Technik im Handwerk · Gas für Industrie und Gewerbe
23. MÄRZ-9. APRIL: Lehrschau Holz

Pension
m. ca. 20—30 Zimmern zu pacht. gesucht. Größ. Barkapital vorhanden. Schriftl. Angeb. unt. Nr. 3644 an die Geschst. der Landeszeitung.

Gutgehende
Bäckerei u. Konditorei
zu pachten od. zu kaufen gesucht. Schriftl. Angeb. unter Nr. 3638 an die Geschst. der Landesztg.

1 groß. od. 2 kleine leere Zimmer, möbl. m. Balkon, in gut. Hause, Nähe Palaisstr. gesucht. Schr. Offert. mit Preis unter Nr. 3672 an die Geschst. der Landesztg.

Gut möbliertes
Zimmer
Stadt-Mitte, möbl. mit separat. Eingang, zum 1. 4. gesucht. Schriftliche Angeb. unter Nr. 3666 an d. Geschst. d. Ldsztg.

Nur das Gute bricht sich Bahn.
Piepers Würfchen
allen voran.

500 Mark
gegen gute Zinsen von Selbstgeber zu leihen gesucht. Schriftl. Angeb. unter Nr. 3662 an die Geschst. der Landesztg.

Möbl. Zimmer
mit 2 Betten u. Morgenkaffee an ruhigen, saub. Herren zu verm. Lemgoerstraße 19.

Gut möbliert. Zimmer zu Herrn abzugeben. Lagesche Straße 19.

Betrifft Schulbücher!
Unserer verehrten Kundschaft zur Kenntnisnahme, daß wir zum Schulbeginn
Sämtliche Schulbücher und Schulartikel
führen
Bücherstube der Meyerschen Hofbuchhandlung
Lange Straße 12

1880 1930
Billiger geworden
alle Sorten Käse
Große Mainzer 4 Stück 30 Pf.
Harzer Kiste 1,70 M
Westf. Kochmettwurst Pfund 1 M.
Sauerkraut, Pfd. 15 Pf.
gelbe Erbs., Pfd. 15 Pf.
große Rollmöpse 2 Stück 25 Pf.
Salz- u. Essig-Gurken 5 Pf. (3068
Adolf Uhle
Detmold
Krumme Straße
Ecke Wehmstraße
1880 1930

Bad Salzuflen-Schötmar
Inseraten-Annahme:
Geschäftsstelle: Bad Salzuflen, Markt 17
Geschäftsstelle: Schötmar, Markt 4

Tag des Buches 1930
22. März
JUGEND UND BUCH
Spenden
für Schülerbibliotheken nehmen hiesige Schulen entgegen

Saat-Kartoffeln
Speise-Kartoffeln
Fuller-Kartoffeln
Runkelrüben
Stecknüben
gibt ab
Nacke
Ehrsen b. Schötmar

Hochfeine Tafelbutter
hergestellt aus hochfeinster, tiefgekühlter, mit Reinkulturen angesäuerter Sahne, leicht gesalzen oder ungesalzen, in ½- oder 1-Pfd.-Stücken, täglich frisch, zu 1,70 Mk. pro Pfund franko dort, per Nachnahme liefert
Molkerei Nordhemmern b. Minden

Inserate,
die Sie für die Saison aufgeben wollen erledigt schnell und sicher unsere Anzeigen-Vermittlung
zu Originalpreisen ohne Aufschlag
an alle auswärtigen Zeitungen und Zeitschriften.
Geschäftsstelle d. Lipp. Rundschau
(Gg. Schade's Buchhandlung)

Suche für meine Tocht., 19½ J., welche i. Haushalt, Kochen und allen Handarb. durchaus erfahren ist, z. 15. 4. od. 1. 5. Stelle als Stütze i. g. Fam. mit Famil.-Anschl. Taschengeld. evtl. Selbige hat die Haushaltungsschule besucht. Ang. an: Frau Rosenbach, Frühlingshausen (Westf.), Neuenrade-Lande. (3065

Geschäftsbücher
Kassabücher
Hauptbücher
Journale
Kladden
Briefordner
Amerik. Journale
in allen Größen und Stärken
Georg Schades Buchhandlung.

Todesanzeige

Gott dem Herrn gefiel es, heute abend 6½ Uhr, unsere liebe

Martha

nach fast siebenjähriger schwerer, mit Geduld ertragener Krankheit im 29. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

In stiller Trauer:

Wwe. W. Böhmer
Fritz Böhmer
Karl Böhmer
Albrecht Böhmer

Retzen, den 19. März 1930.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 23. März, nachmittags 3 Uhr, vom Gemeindehause aus statt.

Todesanzeige

Statt jeder besonderen Anzeige

Heute nacht entriß der unerbittliche Tod infolge Herzschlages mitten aus dem arbeitsreichen Schaffen meinen herzlieben Mann, meiner Kinder allerbesten Vater, unsern lieben Sohn und Schwiegersohn, Bruder und Schwager, den

Lehrer

Theodor Hieronymus

im 45. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Friede Hieronymus
geb. Borchert

Barntrup, den 20. März 1930.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 23. März, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nachruf

Heute morgen verstarb plötzlich und unerwartet, der

Lehrer

Herr Theodor Hieronymus

im 45. Lebensjahre

Der Verstorbene stand seit 20 Jahren als Lehrer der städtischen Rektorschule im Dienste der Stadtverwaltung. In vorbildlicher Berufstreue hat der Verstorbene als Lehrer sein ganzes Wissen und Können stets für die Entwicklung der ihm anvertrauten Schule eingesetzt. Diese treue Hingabe an seinen Beruf und überhaupt seine ganze Persönlichkeit erwarben ihm die Wertschätzung und Achtung nicht nur seiner Schüler, sondern aller Kreise der Bevölkerung.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Stadtrat
Hebrock, Bürgermeister

Barntrup, den 20. März 1930

Nachruf

Am 20. März d. J. verstarb plötzlich und unerwartet

Lehrer

Theodor Hieronymus

im 45. Lebensjahre

Der Entschlafene hat mit hervorragender Tüchtigkeit und außerordentlicher Pflichttreue 20 Jahre lang als Lehrer und Leiter an der Städtischen Rektorschule gewirkt. Durch seinen lauteren Charakter und ruhige Sachlichkeit hat er sich hohe Wertschätzung bei uns erworben.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung Barntrup

Barntrup, den 20. März 1930

Nachruf

Heute morgen verschied plötzlich infolge eines Herzschlages

Herr Lehrer

Hieronymus

Die hiesige Schule verliert in ihm einen tüchtigen gewissenhaften Lehrer und Erzieher. Das Lehrerkollegium betrauert den Verlust eines treuen allzeit hilfsbereiten Freundes und Mitarbeiters.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Schulvorstände und das Lehrerkollegium der vereinigten Rektor- u. Bürgerschule.

Barntrup, den 20. März 1930

Trauerbriefe und -Karten
Meyersche Hofbuchdruckerei, Detmold

Sommersprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werd. in einig. Tagen unter Garantie durch das echte, unschädliche Teintverschönerungs-Mittel „Venus" Stärke B beseit. Keine Schälkur. Pr. M 2.75. (3308) Gegen Pickel, Mitesser Stärke A.

Marki-Drog. C. Rösler

Hühneraugen

u. eingewachsene Nägel entfernt gründlich und schmerzlos (401

Herm. Lindau
Detmold Krummestr.
Fernruf 3006

Prima

Buchenpflänzlinge

abzugeben.

Krome, Brelkausen
Fernruf 2449

Kommode, echt Mahag., Bettstelle mit Matratze, Geige mit Etui billig zu verkaufen. Wo? sagt die Geschst. der Lpzlztg. unter Nr. 3653.

Kombiniert. Herd

f. Kohle u. Gas, Platzengröße 75×70, durchgebaut, Wärmeschrank, Back- u. Bratofen, Kochenwagen, ¼ Jahr gebraucht, da kein Gas, billig abzugeben. Herd wird gebracht. (3666

Binnenburger
Haus „Weltofen"
Schieber. Fernruf 9

Gebrauchter Küchenherd

(Majolika) bill. z. verk. Herdplatte 80×70 cm.

Hiddesen, Hüffenweg 253



Das Ereignis für Detmold

Am **Freitag, dem 21. März,** eröffne ich in Detmold **Lange Str. 27,** eine Filiale meines Schokoladen- und Konfitüren-Geschäfts

„Zur süßen Quelle"

Schokoladen, Pralinen, Packungen aller führenden Marken

Zur Eröffnung gebe ich **bis einschließlich Sonnabend, dem 29. März d. J.,** beim Einkauf von **nur 1.50 Mark**

eine große 100-g-Tafel bester Schokolade umsonst

Einige Beispiele meiner Leistungsfähigkeit:

Ia **Süße-Quelle-Mischung**	¼ Pfd.	20 Pfg.
ff. **Bohnen m. fl. Füllung**	¼ Pfd.	30 Pfg.
ff. **Likör-Ostereierchen**	¼ Pfd.	20 Pfg.
ff. **Milchkarameilen**	¼ Pfd.	20 Pfg.
ff. **Marzipan- u. Trüffel-Eier,** ca. 30 g, Stck. nur		10 Pfg.
ff. **Marzipan-Delikateß-Brocken**	¼ Pfd.	40 Pfg.

Kaffee, Tee, Kakao, allererster Qualitäten

Niemand versäume diese günstige Einkaufsgelegenheit und überzeuge sich von meiner Leistungsfähigkeit. Darum auf

„Zur süßen Quelle"
Inhaber: HANS DICKMANN

1880 1930

Große Vorteile

Zu Beginn meines **50. Geschäftsjahres** biete ich in allen Abteilungen

Regenschirme

schwarz und farbig bis zu **50% Rabatt**

Spazier- und Jagdstöcke, und -Stöhle
Tabakspfeifen und Mutzen
Meerschaum- und Bernstein-Waren
Rauchtabake, z. Teil Preise v. d. Erhöhung

● Jubiläums-Zigarren ●
50 Stück 4.50 5.50 7.00 RM

Hirsch- u. Reh-Geweihe u. -Gegenstände 20% Rabatt

Adolf Uhle
Detmold, K[illegible]hme Str., Ecke Wehmstr.
1880 1930



Er sorgt für gutes Funktionieren des Stoffwechsels und hält Leber und Nieren in Ordnung

Packungen von Mk. 1.25 an in Drog. und Apoth. Verlangen Sie kostenlos das Buch „Guter Rat in gesunden und kranken Tagen"

Bestimmt zu haben bei: Drogerie Heinemann Nachf., Lange Str. 61

Drucksachen aller Art liefert preiswert Meyersche Hofbuchdruckerei

---

Statt besonderer Anzeige

Am Dienstag, abends um ¼10 Uhr, entschlief nach kurzem Leiden der

Wegeaufseher a. D.

Wilhelm Brinkmann

im Alter von 82 Jahren

In tiefer Trauer zeigt dies im Namen der Hinterbliebenen an:

Wilhelm Micke

Großenmarpe, den 19. März 1930

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 22. März, nachm. 2 Uhr, statt

---

Warum Haarausfall?

Senden Sie sogleich ausgekämmtes Haar zwecks mikroskopischer Untersuchung. — Kurpackung 3.— bis 4.— Mk. je nach Befund.

Ihre Nerven brauchen Kraft!

„Epidestan" (Nr. 1—10) bei Neuralgien, Kopfschmerzen, Schwindel und Fallsucht bestens bewährt Flasche 2.— Mk.

Bei Magen- u. Darmleiden

seit vielen Jahren mit bestem Erfolge „S. D. Complex Nr. 119" angewandt. Flasche 2.— Mk.

Hr. Schröder, Dortmund
Auf dem Berge 4

F.N.-Motorräder

350 u. 500ccm. Modell 1930

Die schnellste dauerhafteste u. preiswerteste Tourenmaschine.

Preis 995 M. bis 1125 M. ab Aachen

Beachten Sie meine Schaufenster!

Heinrich Ottemeier, Lage, Tel. 384

Emaille- u. Vernickelungsanstalt und Reparatur-Werkstatt (3018

Bettfedern-Reinigung

F. Mertens
Bielefeld



Asthma, Bronchial-katarrh, Brust-, Kehlkopf-, Rachen-, Nasenkatarrh, Stirnhöhlenkatarrh und sonstige Katarrhe und Krankheiten der Atmungsorgane werden **erfolgreich bekämpft** durch den vieltausendfach bewährten

Karfort-Inhalator mit dem Nebelspern

Wer sich über die Wirkungsweise näher unterrichten will, verlange kostenfrei die Broschüre: „Katarrh fort! Ein Trostwort für Katarrh- und Asthmaleidende", nebst vielen beglaubigten Erfolgsberichten und Dankschreiben. Befragen Sie Ihren Arzt! (Naturheilkundige, Magnetopathen, Augendiagnostiker usw. sind keine Aerzte). Preis Mk. 9.50 komplett, sofort gebrauchsfertig. — Man achte auf die Bezeichnung „Karfort-Inhalator mit dem Nebelspern", sowie auf Firma und Herstellungsort: Carl August Tanerä, Naumburg (Saale)

Der Karfort-Inhalator ist erhältlich in Apotheken, Drogerien, Sanitätshäusern, in Detmold bestimmt im Sanitätshaus Kühlmuß, Bruchstraße 29

1880 1930

Umsonst zur Probe

eine Tüte feine Hornspäne

für die Blumen und den Garten

Adolf Uhle
Detmold
Krumme Straße
Ecke Wehmstraße

1880 1930

Unübertroffen

sind (14185

Bockmanns Rostbratwürstchen

u. Delikateßwürstchen. Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverk.

Preiswerten

Aufschnitt

Spezialität: Eisbein in Gelee u. Delikateßwürstch.

Ernst Brand
Lemgoer Straße 6
gegenüb. Kasern. II

Habe prima (3075

Ferkel

preiswert abzugeben.

Emil Funa
Pivitsheide. Tel. 2037

Auto

Chevrolet-Limousine f. gut erhalt., f. 2000 RM. abzugeb. Schriftl. Ang. unter Nr. 3545 an die Geschst. der Landesztg.

Lieferwagen

NAG, mit geschl. Kast.-Aufbau, für 2500 RM. abzugeb. Schriftl. Ang. unter Nr. 3546 an die Geschst. der Landesztg.



Zum Schulanfang!

Ranzen, Mappen, Frühstückstaschen, Schreibetuis
Solide Ausführung

S. Menze Nwe. & Co., K.-G.
Bruchstraße 38

Weiss. Pumpernickel das reine Vollkornbrot wird gebacken in der

Bäckerei Fritz Burre, Detmold

Die weitaus meisten

Reichsdrucke

die in der vom Lippischen Künstlerbund veranstalteten Ausstellung

Neues aus der Reichsdruckerei

gezeigt werden, sind bei uns zu wohlfeilen Preisen vorrätig

Bücherstube der Meyerschen Hofbuchhandlg.
Detmold, Lange Straße 12

Landestheater

Heute, 19.45—22 Uhr

Elga

Nokturno
von Gerh. Hauptmann

Sonntag, 23. März 19.45—22 Uhr

Elga

Lichtbildervortrag

am 25. März, abends 8¼ Uhr, im Evangel. Vereinshause

Museumsdirektor Dr. Keuser spricht über:

Das deutsche Danzig in Vergangenheit und Gegenwart

Eintrittsgeld 1 Mark. Mitgl. d. Hausfrauenbundes 50 Pf., Schüler u. Schülerinnen 50 Pf.

---

500 Stück

Arbeits- und Sonntags-

Hosen

lange und Breeches werden vom 21. bis 31. März zu

weit herabgesetzten Preisen

zum Verkauf gestellt

Günstige Kaufgelegenheit

für die berufstätige Bevölkerung

Handel- und Industrie-Bedarf K.-G.
Detmold, Palaisstr. Schubertplatz-Ecke



Prima lung., dichtes

Fleisch

sowie fl. fl. Würstchen empfiehlt (3070

Konrad Sieder
Fnh. O. Schröder
Meierstraße 16

Vereinigte Lichtspiele

Modernes Lichtspielhaus
Lange Str. 74 Detmold Fernr. 2519

Anfangszeiten: Wochentags 4.15 6.30 8.45 Sonntags 3 5.45 8 Uhr

Freitag bis einschließl. Montag:

Claire Rommer
und
Paul Richter
in dem sensationellen Artistenfilm

Sensation im Wintergarten

Der Lebensroman eines Trapezkünstlers. Der Kampf des Enterbten um sein Vatererbe. Ein Großfilm mit den ersten deutschen Darstellern:

Claire Rommer, Paul Richter, Erna Morena, Adolf Engers, Wladimir Sokoloff, Gaston Jacquet, Nils Schünemann.

Der Film enthält eine Reihe Original-Aufnahmen aus dem Berliner Wintergarten, die während einer Varieté-Vorstellung aufgenommen wurden.

Im zweiten Teil:

Dolly und ihr Chauffeur

Die Erbtante aus Amerika, die nichts von Männern wissen wollte.

6 Akte Regie: Henry Chomette

In der Titelrolle: **Dolly Davis**

Emelka-Wochenschau

Kammer-Lichtspiele
Bad Salzuflen
Lange Straße 63 Fernruf 394

Anfangszeiten: Wochentags 8 Uhr abends 3 5.30 8 Uhr Sonntags

Freitag bis einschließl. Montag:

Luciano Albertini
mit
Hilda Rosch
als Partnerin in dem Asta-Großfilm

Tempo! Tempo!

Eine Kriminalkomödie von atemberaub. Spannung. Sensation folgt auf Sensation. Im rasenden Rhythmus der Gegenwart überstürzen sich die Ereignisse.

7 Akte Regie: Max Obal

Ferner wirken mit:
Fritz Kampers, Oreste Bilancia, Trude Berliner, Angelo Rossi, Arthur Reppert, Johannes Roth, Hermann Picha.

Vorher das interessante Filmwerk

Vorsicht! Verräter!

Sensationelle Entdeckungen beim Bau eines großen Staudammes.

5 Akte Regie: M. N. Smith

In der Hauptrolle:
Blitz, der deutsche Schäferhund,
und das erlesene Ensemble.

Außerdem die aktuelle

Emelka-Wochenschau

Musikinstrumente
Saiten und Bestandteile
Musikapparate (11233
Riesenauswahl in Schallplatten
Musikhaus Ackermeier, Lemgoerstr. 8.

● Möbel ●

aller Art kaufen Sie augenblicklich sehr preiswert bei (16880

Karl Osterkrüger
Werkstatt für Möbel und Innenausbau
Telefon 2702 Detmold Friedrichstr. 9

Spezialgeschäft für moderne Bildereinrahmungen

Bruchstr. 40, **E. Hammann** Tel. 3384

Buch-, Kunst-, Musikalien- u. Papierhandlung

Ständige Kunstausstellung (157
Besichtigung ohne Kaufzwang!

Elektrische Anlagen
August Schmidt, Ingenieur
Werkstätten für Elektrotechnik und Maschinenbau
Detmold, Paulinenstraße 49
Telefon 2234 (14702

Neuer Krug, Detmold

Sonntag den 23. März

Gr. Militärkonzert mit Tanz

ausgef. von d. Reichswehr-Kapelle (12 Mann st.)

Anfang 4 Uhr

Männergesangverein „Harmonie" Billinghausen

feiert am **Sonntag, dem 23. März,** sein

Gründungsfest

mit Konzert und Tanz unter Mitwirkung namhafter Vereine in den gesamten Räumen des

Heiskruges, Billinghausen

(Tagesbruder H. Freitag)

Anfang 4 Uhr :: Anfang 4 Uhr

Es ladet freundlichst ein: **Der Vorstand.**

Gesangbücher für die Konfirmation

in allen Preislagen

Bücherstube der Meyerschen Hofbuchhandlung

Zum Tag des Buches

22. März

Von Verlagsbuchhändler W. Maus-Braunschweig,
1. Vorsitzender des Buchhändlerverbandes Hannover-Braunschweig.

Im D-Zug nach Braunschweig, man muß schon Holzklasse fahren, um etwas zu erleben. Da sind die unsichtbaren Trennungswände zwischen den Menschen nicht so hoch wie in der Polsterklasse.

Mir gegenüber unterhalten sich zwei Männer. Der eine hat soeben in Magdeburg am offenen Fenster gestanden. Als der Zug anfuhr, schloß er es etwas heftig und stieß dabei seinen Nachbar an. Eine Unterhaltung war die Folge. Das Gespräch sprang hin und her und stand schließlich beim Krieg. Sie sind beide alte Soldaten, der eine ist jetzt Lagerist bei Krupp. Ich bin auch alter Soldat und spitze jetzt die Ohren.

Der Kruppsche Lagerist ist ein ganz aufgeweckter Mensch. Aber merkwürdig, wie sein Nachbar im Gespräch versucht, den Dingen in ihrer Tiefe näher zu kommen. Das ganze Abteil wird aufmerksam, und ich besehe mir mein Gegenüber jetzt noch schärfer. Als er schweigt, fragt sein Nachbar ihn: „Das ist ja kolossal interessant, was Sie da ausführten, sagen Sie, wo haben Sie das her?"

Ein leises Lächeln verschönt des Angeredeten Gesicht, und er antwortete: „Nun, ich habe ja einiges erlebt. Im übrigen bin ich ein einfacher Mann, habe nur die Volksschule besucht, aber ich lese sehr gerne und las sehr viele Bücher — und dann mache ich mir meine Gedanken dazu."

Warum ich dieses kleine Erlebnis erzähle? Nun, es scheint mir geeignet zu sein als Auftakt zu diesen Zeilen über den „Tag des Buches".

„Tag des Buches?" Ich höre schon die spöttische Bemerkung: Sagen Sie doch ehrlich Tag der Buchhändler! Aber nein, gerade dagegen müßte ich mich verwahren. Es geht nicht um die Sorgen eines Standes. Es ist Sache der Buchhändler, nicht der Oeffentlichkeit, wie sie sich durch diese wahrlich nicht leichte Sache schlagen. Daß Sie sich freuen würden, wenn der „Tag des Buches" sich auch wirtschaftlich bei ihnen bemerkbar machte, werden sie nicht leugnen. Im übrigen aber: Es geht hier wirklich um einen „Tag des „Buches" und um das, was hinter ihm steht — seine kulturelle Sendung an uns.

Es hat schon seinen guten Sinn, daß man den „Tag des Buches" auf Goethes Todestag gelegt hat, so sicher sich manches gegen den 22. März sagen läßt.

Daß wir die Dinge doch so sehen möchten, wie sie sind: das gute Buch ist nur das Stiefkind unserer Zeit. Dem widersprechen nicht die Riesenauflagen einzelner Bücher. Bei ihnen sind nur zu sehr Sensation und Reklame die treibenden Kräfte.

Es ist vielleicht unhöflich, aber ich gestehe, ich bin immer wieder erschüttert über die Anspruchslosigkeit sogenannter Gebildeter dem Buche, der Literatur gegenüber.

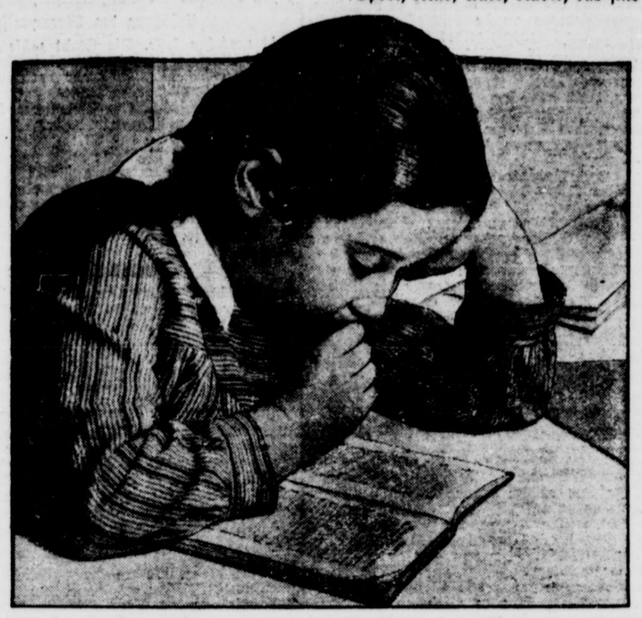
Das Geld ist knapp. Aber schließlich, man wird es zugestehen müssen, für tausend äußere Dinge ist es immer wieder da.

Den neuesten Roman muß man ja wohl lesen. Aber er darf nicht zu „schwer" sein. Und man wird sich erst um ihn kümmern, wenn er heiß umstritten ist und die Zeitungen von ihm widerhallen. Aber auch dann wird man versuchen, ihn irgendwo in der Leihbibliothek zu bekommen.

Ein ernsthaftes Buch lesen — aber nein — nur keine geistige Anstrengung. Und Bücher kaufen — wie wird man. Bücher sind zu teuer. (Unter uns gesagt: Bücher kauft man nur zu Weihnachten, um sie zu verschenken, dann sind sie so ungefähr das Billigste und machen doch einen guten, gebildeten Eindruck.

Der „Tag des Buches" hat seine Berechtigung. Der Herr Reichsminister des Innern hat auch dies-mal das Protektorat übernommen. Alle irgendwie kulturell interessierten Spitzenverbände haben sich zum „Tag des Buches" bekannt.

Es sei ganz deutlich gesagt: Mit Politik, Parteien, Konfessionen hat der „Tag des Buches" nichts zu tun. Um so mehr aber mit der Sorge um die kulturelle Zukunft unseres Volkes.



Ein paar Namen von Persönlichkeiten, die hinter den Dingen stehen: Exzellenz von Harnack, Generalsuperintendent D. Dr. Dibelius, Professor D. Dr. Kahl, Prälat Leicht, Reichstagspräsident Löbe, Reichswart D. Erich Stange. Den Vorsitz im Arbeitsausschuß hat der bekannte Parlamentarier Herr von Kardorff.

Auf den großen öffentlichen Kundgebung am „Tag des Buches", die diesmal in Leipzig stattfinden wird, werden sprechen: Minister Severing, Herr von Kardorff, ein Dichter, ein Pädagoge, eine Volksbildnerin und ein Vertreter der Jugend.

Denn der diesjährige „Tag des Buches" steht unter dem Thema: Jugend und Buch. „Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft!" Es ist schon so.

Sport, Kino, Auto, Radio, das sind die Leuchtfeuer der Jugend. Wir sagen wahrlich nichts dawider, aber was wäre die Menschheit ohne das Geistige? Immer noch ist das gute Buch dessen vornehmster Vermittler. Und immer noch adelt eine stille Stunde der Besinnung ein edles Buch, auch dem Kinde schon.

„Tag des Buches", das ist auch ein Aufruf zur Besinnung und ein Tag der Arbeit um Deutschlands Zukunft und seine Jugend.

Eine lehrreiche Gegenüberstellung

Heute gegen Hindenburg, früher gegen Bismarck

Wenn man heute die maßlose, oft von Haß erfüllte Kritik liest, die ein Teil der sog. nationalen Opposition an dem Herrn Reichspräsidenten Hindenburg übt, dann tauchen aus der Erinnerung die Zeiten auf, wo kein anderer als Bismarck der bestgehaßte Mann derselben radikalen Rechtsopposition war. Was in den siebziger, achtziger und selbst noch in den neunziger Jahren von den konservativen, christlich-sozialen und antisemitischen Vorfahren der heutigen Deutschnationalen, Völkischen und Nationalsozialisten an Vorwürfen gegen Bismarck geschleudert wurde, stimmt fast wörtlich mit der heute an Hindenburg geübten Kritik überein. Jedenfalls dem Sinne nach. Es könnte abgeschrieben sein. Hören und lesen wir nur:

Gegen Bismarck.

Eine 1892 im Verlag Karl Minde-Leipzig erschienene völkisch-antisemitische Flugschrift sagt Seite 41 von Bismarck: „Wie klein und armselig ist die plumpe Auffassung: Bismarck hat Deutschland gemacht. Er hat als Diplomat manches verwirrt, so daß schließlich das Schwert die Entscheidung bringen mußte." Seite 17: „Wer Bismarcks langjähriges Wirken mit prüfenden Augen mustert, der muß staunen über die Unfruchtbarkeit seines Lebens." Seite 44: „Sein langjähriges Wirken führte zu diesem traurigen Doppelergebnis: eine gründlich verfahrene Lage im Innern, eine ernstlich bedrängte Lage nach außen." Seite 8 wird Bismarck sogar mit einem „Judas Ischariot verglichen, der sein Vaterland verriet um Silberlohn". In der völkisch-antisemitischen Schrift „Großpreußen oder die verfehlte Neugestaltung Deutschlands", Verlag von Adolf Reineke, Berlin 1891, die von Ahlwardt sehr gelobt wurde, ist Seite 24 zu lesen: „Es läßt sich beobachten, daß Bismarck nie imstande war, eine Frage rein und voll zum Austrag zu bringen, sondern nur so, daß mit der Zeit aus der Lösung wieder eine neue Schwierigkeit sich herausbildete." Seite 30: „Er war ein Unglück für sein Land." Der frühere völkische und antisemitische Führer und Reichstagsabgeordnete Professor Paul Förster schrieb im Jahre 1894: Einen Staatsmann, der von einem Irrtum in den anderen tappt und hinterher die Schuld auf seine unfähigen (von ihm gewählten) Mitglieder wälzt, den lassen sich gutgläubige Zeitgenossen als groß gefallen, die Geschichte nicht." Und der völkisch-antisemitische Führer Adolf Braun charakterisierte das Werk Bismarcks in seiner Zeitschrift „Freideutschland" am 15. April 1894 wie folgt: „Die ganze Reichsgründung Bismarcks mit ihren verhängnisvollen Folgen war kurzsichtig. Das unaufhörliche Geschrei, Bismarck sei groß, beweist nur, wie klein sie sind, die ihn für groß ausschreien." In einer anderen 1892 in dem bereits genannten völkischen Verlag von Karl Minde-Leipzig erschienenen Schrift „Die Wahrheit über Bismarck" wird Bismarck als „Salonkrieger" verspottet, „dessen mächtiges Schlachtschwert getrost eine Attrappe von Pappe hätte sein können".

Gegen Hindenburg.

Dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg erdreistet sich die völkisch-deutschnationale Deutsche Zeitung zu unterstellen, daß seine Politik „selbstmörderisch" sei. Sie schreibt, daß ihm das Geschenk des staatsmännischen Genius nicht in die Wiege gelegt sei und gibt auch zu verstehen, daß er nicht zu den Männern gehöre, die mit ihren Zielen wachsen. Seine Reichspräsidentschaft „habe im großen und einzelnen versagt", und wenn seine sonstigen Verdienste groß seien, so seien sie durch die politische Schuld Hindenburgs aufgehoben. Das nationale Deutschland müsse ihn bekämpfen. Die Grünen Blätter des Herrn Sonntag stempeln Hindenburg zum „Träger des Marxismus".

Am 14. März führte der nationalsozialistische Abgeordnete Goebbels im Kriegervereinshaus in Berlin laut Berliner Tageblatt Nr. 130 aus: „Dies sei also der Reichspräsident (Zurufe: „Dieser Verräter!). Durch dieses Eingreifen ist das Tischtuch zwischen dem Reichspräsidenten und den Nationalsozialisten zerschnitten, die große Attrappe sei zerfallen, nur noch Haß könne das Empfinden gegen ihn sein. Hindenburg hat aufgehört, ein Mann, ein achtunggebietende Persönlichkeit zu sein. In derselben Rede sagte der Nationalsozialist Göbbels nach dem gleichen Pressebericht: „Es ist kaum anzunehmen, daß Hindenburg überhaupt den ganzen Schwindel gelesen hat. Nicht er, sondern sein persönlicher Berater, Staatssekretär Meißner, habe ihm den Vertrag ausgelegt." (Zurufe: Verräter usw.) Und weiter: „Die langersehnte Freiheit sei auch so ein Gebilde, das nur im Gehirn eines alten Greises bestehen könne."

Damit hätte Göbbels allerdings, wenn der Bericht des Berliner Tageblatts zutrifft, einen Gipfel erreicht, für den es geschichtliche Vergleiche nicht mehr gibt.

Es ist also alles schon dagewesen.

Bismarck hat dieselben Kreise enttäuscht, die sich heute von Hindenburg abwenden und ihm alle staatsmännischen Fähigkeiten fast mit denselben Wortwendungen absprechen, die ihre politischen Vorfahren im Kampfe gegen Bismarck gebrauchten. Daran ändert auch nichts die überraschende Tatsache, daß Bismarck heute der Heros und das Ideal unserer Völkischen, Nationalsozialisten und radikalen Deutschnationalen ist. Ihnen schwebt dabei allerdings nicht der wirkliche Bismarck vor, der ein ebenso vorsichtiger Diplomat wie ein großer Staatsmann war, sondern das Bild jenen mißverstandenen Bismarck, der ständig in Kürassierstiefeln durch die Weltgeschichte poltert.

Wie urteilte Bismarck über seine Gegner?

Hindenburg schweigt in vornehmer Zurückhaltung, aber der ewig kampffrohe Bismarck setzte sich mit seinen Gegnern aufs lebhafteste auseinander. Er zahlte ihnen jedes Wort heim. Bekannt ist seine Fehde mit den Herren von der „Kreuzzeitung-Farbe", die ihm das ministerielle Leben „so sauer gemacht haben". Von der Höhe seines Alters, als er in Friedrichsruh das politische Leben Deutschlands rückschauend überblickte, erklärte er am 24. Juli 1892 beim Empfang der Hessener, Badener und Thüringer Parteien: „Die extremen Parteien in Deutschland sind nicht regierungsfähig. Zu einer ruhigen Dauer der Regierung führt uns der Verzicht auf extreme Meinungen; die Jagd nach Stimmen bei den Wahlen ist bedauerlicherweise stärker als die Erwägung dessen, was zu tun ist. Das ist unser Unglück!"

Tagesspiegel

Kreuzzug der Elftausend.

Ganz große Geste eines reichen Landes: als Gäste der amerikanischen Regierung werden elftausend Kriegerfrauen und -mütter an die Kriegsgräber in Frankreich fahren, eine gewaltige Wallfahrt, wie sie die Weltgeschichte bisher noch nie gesehen. Wohl kein anderer Staat der Welt hat so ungeheure Mittel zur Verfügung, um den Witwen und Waisen seiner gefallenen Helden in einer solchen Weise seinen Dank für ihre Opfer auszudrücken. Die Kriegshinterbliebenen in den europäischen Ländern aber werden mit Recht Neid und Bitterkeit empfinden, wenn sie hören von dieser gewaltigen Pilgerfahrt der Amerikanerinnen. Im arm gewordenen Europa bekommen sie von ihren Regierungen kaum das Notwendigste zum Leben und drüben jenseits des großen Wassers hat ein Staat die Mittel, ohne große Worte 21 Millionen Mark auszugeben für eine Gesellschaftsreise der Kriegermütter und Kriegerwitwen, eine Fahrt, die trotz des ernstes Anlasses eine Luxusreise werden soll.

Der Plan selber hat etwas Ueberwältigendes an sich. An 30 000 Hinterbliebene hat das Kriegsministerium der Vereinigten Staaten Einladungen gesandt und schon im Juli 1930 werden 5640 Frauen als Gäste der amerikanischen Regierung nach Frankreich fahren. Für jede einzelne bezahlt der Staat 3500 Mark, gleichgültig, ob sie reich oder arm ist, ob es sich um eine Negerin oder eine Weiße handelt, ohne alle Unterschiede werden sie in luxuriösen Sonderzügen und in Schiffskabinen erster Klasse befördert und in ersten Hotels untergebracht werden und obendrein noch Tagesspesen erhalten.

Es ist die große Geste eines reichen Landes, das sich alles leisten kann und das mit der Ausgabe von 21 Millionen Mark auf eine vielleicht etwas primitive, aber doch originelle Art den Müttern seiner toten Soldaten seine Huldigung darbringen will; eine Geste, die sympathisch berührt, wenn sie auch Neid und Bitterkeit erregen wird in den Herzen der Millionen trauernder Frauen im alten Europa.

*

Amtsdeutsch!

Die Behördensprache — eine Sprache, in der zwar deutsche Worte vorkommen, die sich aber im Laufe der Zeit tatsächlich zu einer eigenen Sprache ausgewachsen haben — ist tausendmal schon glossiert und angegriffen worden, und tausendmal haben ernste Forscher und Wissenschaftler schon darauf hingewiesen, daß auch die Leute in den Aemtern sich endlich daran gewöhnen müssen, in ihren Bescheiden ein Deutsch zu schreiben, wie es jeder Staatsbürger spricht und auch versteht. Uns liegt eine Entscheidung vor, die kürzlich ein Berliner Gericht fällte und in der es wörtlich heißt: „Im Namen des Volkes beschlossen und verkündet: die Zwangsvollstreckung in die gepfändete Hose wird für unzulässig erklärt." Was dieser Beschluß eigentlich heißen soll, ist für den des Amtsdeutschen unkundigen Mitteleuropäer einfach unverständlich. Was kann schon bitte in eine Hose zwangsvollstreckt werden? Ist eine Zwangsvollstreckung ein Protokoll, das in eine gepfändete Hose gesteckt wird? Oder ist eine Zwangsvollstreckung nicht vielmehr eine Vollmacht zum Verkauf einer gepfändeten Hose? Wäre es nicht hundertmal richtiger, zu sagen: „Der Zwangsverkauf der gepfändeten Hose wird für unzulässig erklärt?" Aber wahrscheinlich wäre dies zu einfach und würde den Mann, dem der Bescheid zugestellt wird, nicht zu stundenlangem Nachdenken anregen. Wenn der Besitzer der Hose es sich schon nicht gefallen lassen braucht, daß sein letztes Kleidungsstück meistbietend verkauft wird, dann soll er wenigstens das Vergnügen haben, darüber nachzudenken, was der ihm zugestellte Beschluß des Amtsgerichts wohl heißen könnte und woher die „Verfertiger" und „Unterfertiger" eines solchen hochwichtigen Schriftstückes ihre deutschen Sprachkenntnisse bezogen haben.

Geschäftliches

Eine „wahre" Geschichte. Aus der Zeit, da Macedonien noch unter türkischer Herrschaft stand, stammt die folgende charakteristische Fabel: Allah benad sich einst auf eine Weltreise, und wo immer er ausstieg, in Berlin, Paris, London usw., wurde ihm ein des Weges kundiger Führer gestellt. Also geschah es auch in Cavalla. Aber gleich hinter der Stadt sagte Allah: Guter Freund, bemühe dich nicht. Ich kenne mich hier aus. Wea und Steg sind noch so, wie ich sie einstmals geschaffen habe! — Die Film-Expedition, welche von der Zigarettenfabrik Haus Neuerburg nach Macedonien entsandt wurde, bestätigt das. Der dritte Reise-Bericht, betitelt „Filmbilder aus der Heimat der Overstola", liest dieser Ausgabe bei; weitere folgen. (2060

Panflavin-Pastillen (Acridiniumderivat) — Zum Schutz gegen Grippe, Erkältungskrankheiten, Mandel- u. Halsentzündungen

Das Grab von Jovana

Roman von Hans Schmidt-Peschell

(14. Fortsetzung)

„Aber, Herr Professor", unterbrach Juffo plötzlich, „um keinen Preis, wie könnten wir Ihnen so etwas zutrauen?"

„Leicht gesagt, Juffo, versetzen Sie sich einmal genau in die Lage und bedenken Sie alles das, was ich Ihnen eben gesagt habe. Nehmen Sie doch einmal an, Sie wären anstatt einem ernsthaften Forscher einem Lustmörder ausgefallenster Art in die Finger gefallen. Dann hätten Sie nach Ihrer jetzigen Meinung es ungeheuer schwer gehabt, den Mörder zu entdecken und ohne Frage einen Unschuldigen verurteilt. — Welch unerhörter Zufall kann auch bei der Ergreifung des Europäers mitgespielt haben? Vielleicht hatte er sich in der Wüste verirrt —."

„Und das Bild — ?" fragte Juffo kurz.

„Auch gut, er kann in Orijanfoka von uns gehört haben, kann eine Zeitung gelesen, den Artikel ausgeschnitten und sich auf die Suche nach uns begeben haben."

„Ausgerechnet zur Nacht, und der Wali sollte nichts davon wissen?" meinte Juffo ganz richtig.

„Das sind Umstände, über die man streiten kann. Jedenfalls aber können wir ihn durch unseren Überfall derart verärgert haben, daß er erst mal eine ganze Weile schweigt, damit wir Zeit genug verlieren, um dem wirklichen Täter überhaupt nicht auf die Spur zu kommen."

„O, das finde ich alles sehr unwahrscheinlich, Herr Professor."

„Heute ich ja auch mehr und mehr, Juffo. Aber das waren so meine ersten Gedanken, von denen ich mich nur schwer zu befreien wußte. Ich muß immer wieder betonen, daß seine Geradheit, sein glaubhafter Blick, mich dazu verleitet haben." —

In dieser Weise unterhielt sich Schuckmann mit seinem eingeborenen Gehilfen bis in den frühen Morgen. Plötzlich drangen Rufe zum Zelt. Wie vom Blitz getroffen, griffen die beiden Männer zu ihren Waffen und traten hinaus. Da vernahmen sie deutlich das Hufstampfen eines Pferdes, das näher und immer näher kam. Sie blickten beide in die Richtung des Geräusches, stierten förmlich dorthin, bis das weiße Gewand eines Reiters grau durch den verschleierten Morgen drang. Entschlossen gingen Schuckmann und Juffo ihm entgegen. Da aber der Heranrasende keinerlei Anstalt zur Schießerei machte, empfing ihn der Forscher mit aller Ruhe und Freundlichkeit. Der Reiter sprang vom Pferde und meldete sich als Kurier des Wali, mit der Nachricht, daß der Europäer aus dem Gefängnis entflohen sei. Der Wali hätte gewiß früher eine Nachricht gesandt, wenn er nicht gehofft hätte, den Flüchtling zeitig einzufangen und den Forscher vor unnützer Erregung bewahren zu können. —

Irgendwo im Morgengrauen aber saß Harry Pohl mitten in der Einsamkeit der Wüste. Er träumte nicht bei den unheimlichen Melodien der Geistermusik, sondern er hockte auf einem Stein mit der Ruhe einer Bildsäule und schaute durch sein Glas weit aus. Was der Feldstecher einfing, waren einige Felsstücke, die den Auslauf des ersten Ganges bedeuten mußten. Dann suchte er die weite Ebene ab. Plötzlich entdeckte er eine Gestalt, die irgendwo langsam aus dem Boden wuchs, sich dann aber rasend davon machte, bis hin zu den Felsstücken, hinter denen sie verschwand. —

Bis zum Mittag schlief Harry Pohl einen ruhigen und gesunden Schlaf.

VIII

Einige Stunden später.

Brütend lag die Nachmittagssonne über der grünschimmernden Oase. Pohl saß vor der Hütte auf einer schattigen Bank. Ermüdend fiel ihn die Schwüle an und drückte ihm hin und wieder die Augen zu. Da kam der Alte hastig des Wegs, als ob er eine große Neuigkeit zu bekunden hätte. Fast atemlos kam er heran und ließ sich keuchend auf der Bank nieder.

„Vesperpause?" fragte Pohl ihn.

„Nein, nein, Herr", quälte der Alte hervor und schöpfte tief nach Luft. „Heute morgen", fuhr er nach einer kleinen Pause fort, „heute morgen hab' ich schon etwas munkeln hören. Die Wasserträger vom Grab erzählten, daß zwar wieder alles gut gegangen sei, der Gefangene in Orijanfoka sich aber aus dem Gefängnis befreit hätte. Und jetzt, Herr, sind sie da, eine Patrouille ist von der Stadt herübergekommen, zehn Mann stark; vier davon reiten die Grenze der Oase ab, und die anderen sechs durchsuchen die Wohnungen. Außerdem noch fahnden sie nach der Tochter des Ausgrabers, die sie immer noch nicht wiedergefunden haben. Ja, Herr, das wäre ein arges Stück, wenn sie den Verbrecher in unserem friedlichen Brunnenhain finden sollten. Die Ausländer sind in großer Erregung, weil sie befürchten, daß man ihnen Schwierigkeiten machen könnte."

„Ach — ?" meinte Pohl gelassen. „Wissen Sie, Alter, mich könnte so etwas nicht in Aufregung bringen. Warum auch und wozu, wenn alles an einem in Ordnung ist. Aber ich hasse es, mich von Leuten durchsuchen zu lassen, die in der Heimat die gewöhnlichsten Dienste für mich verrichten. Mich widert so etwas an, zumal mir Ähnliches in Europa noch nie passiert ist. Ich werde deswegen einen kleinen Spaziergang unternehmen und irgendwo im Grünen die Zeit abwarten, bis daß die Bande verschwunden ist. Mich ärgert so etwas, und wenn es öfter vorkommt, dann werde ich schnellstens meine Koffer packen und dorthin ziehen, wo man mir meine Ruhe läßt."

„O nein, Herr", winselte der Alte, „Sie müssen noch bei mir bleiben. Es ist schon sehr lange her, daß etwas Ähnliches vorgekommen ist. Nein, nein, Herr, so etwas gibt es gewiß nicht alle Tage bei uns. Aber geben Sie ruhig spazieren, ich werde schon mit den Leuten sprechen, wenn Sie kommen."

„Tun Sie das, Alter, und sagen Sie Ihnen, daß sie im Irrland seien." Dann schlüpfte er in die Hütte, um noch einmal seine Taschen flüchtig durchzusehen und zu verschwinden, so weit und so schnell als möglich. Und ihm war's, als ob ihm die Faust eines Soldaten bereits am Kragen säße. Fluchtartig suchte er im großen Bogen den Weg zum Eingang der Oase, von wo die Patrouille gekommen und wo die ersten Durchsuchungen bereits vorgenommen waren. In der Hand hielt er ein großes Buch mit weißen Blättern, und wenn ihm jemand in den Weg kam, dann blieb er vor dem nächsten beliebigen Baum oder Strauch stehen, skizzierte die Formen der Blätter und nahm die Blüten und Früchte auf. Irgendein Kauderwelsch schrieb er zu seinen Zeichnungen, so daß er denen, die ihm ins Buch sahen, als ein großer Gelehrter erschien, weil sie gewiß nichts von so hohen Dingen verstanden. Manches Blatt hatte er schon in seiner Furcht mit diesem wüsten Gekritzel beschmiert, aber als er in die Nähe seines Zieles kam, schlug er sein Buch auf und trug es so, daß jedem Vorübergehenden die Skizzen sofort ins Auge fielen. Etwas abseits ließ er sich unter einer Tamarinde nieder. Anfangs langweilte ihn, dann aber bekam er Lust, die Zeit tatsächlich zu botanischen Studien auszunützen, wenigstens doch einmal die Beschreibung einer Pflanze zu versuchen, so ganz nach dem Gefühl und Laienart. Darum pflückte er ein Blatt vom Baume, unter dem er gerade saß und dessen Namen er von dem Alten bereits schon gehört hatte. „Die Tamarinde", schrieb er, „ist ein immergrüner Baum, seine Krone ist weit ausgebreitet." Dann nahm er das Blatt und unterzog es einer eingehenden Untersuchung. „Verflucht", dachte er, „wenn doch die Kerle erst verschwunden wären." Ärgerlich schaute er auf das Blatt. „Es ist grün", meinte er, „und seine Form ist sehr komisch. Soll der Teufel wissen, wie man da sagen könnte", und es gelang ihm einfach nicht, auf die einfache Bezeichnung „abwechselnd, paarig gefiedertes Blatt" zu kommen, die ihm jeder Botaniker ohne weiteres hätte sagen können. Ungeduldig legte er das Buch beiseite und warf das Blatt weit von sich. —

Die Patrouille indessen war bis zur Hütte des Alten vorgedrungen und nahm den Besitzer bereits ins Verhör.

„Sag, Bauer, bei dir soll auch ein Fremder wohnen, wo ist der?"

„Ihm war nicht gut, er ist schon länger zum Spaziergang fort."

„So — er ist fort. Ist er sonst immer bei dir oder hast du ihn nachts schon öfters vermißt?"

Der Alte gab nicht sogleich Antwort.

Fortsetzung folgt



Aus dem Gerichtssaal

Schöffengericht Detmold

Der „wilde Mann".

Vor dem kleinen Schöffengericht stand der Gärtner Hans O. in Detmold wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Der schon vorgestrafte Angeklagte hatte mit Freunden an dem fraglichen Abend in verschiedenen Wirtschaften eine kleine Zeche gemacht. Am Schluß erschien er im Gasthofe „Zum Stern". Es kam hier zu einem kleinen Streite mit dem Wirt, bei dem der Angeklagte und sein Freund ausfallend wurden, so daß schließlich der Wirt mit Hilfe der Gäste die beiden Radaubrüder an die Luft beförderte. Beide waren darüber sehr empört und machten ihrer Wut nun zunächst dadurch Luft, daß sie die gesamten Fensterscheiben der Gaststube mit ihren Händen einschlugen. Der Angeklagte wurde dabei an der einen Hand sehr schwer verletzt. Er blutete außerordentlich stark. Seine Wut kannte aber auch jetzt noch keine Grenzen. Er schlug mit der verletzten Hand sogar noch eine Türfüllung ein. Als die Polizei erschien, lag er an der Erde. Er benahm sich wie ein Wilder. Der Arzt ordnete die sofortige Überführung ins Krankenhaus an. O. weigerte sich. Er warf sich auf die Erde und schlug mit Händen und Füßen um sich. Die Beamten brachten ihn dann zur Wache. Auf dem Wege zur Wache setzte der Angeklagte den Widerstand fort. Der eine der Beamten wurde sogar von ihm in den Bauch getreten und ins Gesicht geschlagen. Der Angeklagte behauptet, daß er sich in einem Zustande befunden habe, in welchem er für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden könne. Er wisse infolge der Erregung und des Blutverlustes nichts mehr. Das Gericht ist aber der Ansicht, daß der Angeklagte verantwortlich zu machen ist. Es erkennt gegen ihn auf 100 Mark Geldstrafe.

*

Ein

geheimnisvoller Diebstahl

beschäftigt das Schöffengericht in der Sache gegen den Schützen Heinrich B. Einige Tage vor Weihnachten wurden dem Schützen Brinkmann aus seinem Spind in der Kaserne 160 M. in Papiergeld gestohlen. Es handelt sich um Geld von Kameraden, welches er für gelieferte Nahrungswaren einkassiert hatte. Das Geld war am Abend vorher noch vollzählig vorhanden. Durch die sofort vorgenommene Untersuchung wurde festgestellt, daß eigentlich nur 2 Personen als Diebe in Frage kommen konnten. Hierzu gehörte auch der Angeklagte. Dieser war, als der Diebstahl entdeckt wurde, nicht in der Kaserne. Als er gegen 9 Uhr abends von einem Spaziergange zurückkam erklärte er, daß er von dem Gelde nichts wisse. Bei einer Untersuchung der Brieftasche fand man von dem gestohlenen Gelde 180 M. in der Tasche. Der Angeklagte tat sehr erstaunt und behauptete, er erfahre jetzt erst davon, daß das Geld sich in seiner Tasche befinde. Er habe die Brieftasche während des Dienstes unter dem Kopfkissen stecken gehabt. Der wirkliche Dieb könne nur das Geld, wahrscheinlich weil er überrascht worden sei, in die Brieftasche gesteckt haben. Er selbst sei nicht der Dieb. Es stellte sich dann aber heraus, daß der Angeklagte kurz nach dem Verlassen der Kaserne zunächst bei dem Schneidermeister Reker einen Betrag von 15 RM. bezahlt hatte. Zugleich kaufte er an diesem Abend eine Mütze und erbot sich, diese, obwohl er die Mütze nicht mitnehmen konnte, sofort zu bezahlen. Dabei nahm er eine Brieftasche heraus und bezahlte mit einem Zehnmarkschein. Vorher hatte er auch schon einen Zwanzigmarkschein zum Wechseln gegeben. Reker sah das in der Tasche noch sehr viel Geld war und machte ihn darauf aufmerksam. Er erklärte, das sei leider nicht sein Geld. Der Angeklagte ging nun nicht zur Kaserne zurück, sondern besuchte noch eine Wirtschaft. Bei der Rückkehr in die Kaserne hat der Angeklagte nicht auf der Wache gemeldet, daß das Geld sich in seiner Brieftasche befand. Auch dem Bestohlenen, den er gleich darauf traf und der sehr erregt war, sagte er nichts. In der heutigen Verhandlung bleibt der Angeklagte mit Entschiedenheit dabei, daß er nicht der Dieb sei. Er habe deshalb nicht das Geld zurückgegeben gewagt, weil er befürchtet habe, daß er dann des Diebstahls verdächtigt wurde. In der heutigen Verhandlung werden sämtliche Schützen, die das Zimmer, auf dem der Diebstahl erfolgt ist, betreten haben, vernommen. Alle bekunden unter ihrem Eide, daß sie den Diebstahl nicht ausgeführt haben. Nach langer Beratung erteilt das Urteil des Schöffengerichts dahin, daß gegen den Angeklagten wegen Kameradendiebstahls zu 6 Wochen Gefängnis und Dienstentlassung erkannt wird. Das Gericht stellt den Angeklagten für den Schuldlosen an. Die zunächst im Verdacht gestandenen anderen Personen scheiden aus. Der Angeklagte selbst habe auch durch sein späteres Verhalten gezeigt, daß er offenbar der Dieb sei.

*

Wegen

Untreue

hatte sich sodann der Kaufmann Richard H. zu verantworten. Der Angeklagte betrieb ein Kommissionslager für eine auswärtige Firma. Nach dem Vertrage hatte er größere Beträge sofort, im übrigen aber regelmäßig monatlich die Einnahmen abzuliefern. Der Angeklagte ist zunächst seinen Verpflichtungen auch nachgekommen. Dann aber wurden die Abrechnungen unregelmäßig und blieben schließlich ganz aus. Anfang war eine Differenz von über 500 M. vorhanden. Der Angeklagte gibt zu, daß er das fremde Geld für sich verwandt habe. Er habe es aber nur aus bitterer Not getan. Durch unverschuldete Schicksalsschläge sei er dann gekommen. Seine Frau sei ihm plötzlich entrissen und der Laden ihm genommen. So habe er sich schließlich an dem Gelde vergriffen. Der Angeklagte ist bisher noch nicht bestraft. Das Gericht kommt ebenfalls zu der Ansicht, daß die schweren Schicksalsschläge den Angeklagten zu dem Fehltritt getrieben haben. Es läßt deshalb Milde walten und verurteilt ihn nur zu einer Geldstrafe von 300 RM. für eine an sich verwirkte Gefängnisstrafe von 1 Monat.

*

1:200.

Eine Sachbeschädigung, die schlimmste Folgen hätte zeitigen können, wurde dem Reiserben Gustav G. in Detmold zur Last gelegt. Er ist auch wegen Körperverletzung mit angeklagt. G. der an dem fraglichen Tage bereits in Detmold gezecht hatte, ließ sich abends nach Klüt fahren. Es war vorher schon der Fahrpreis mit 3 Mk. vereinbart. In Klüt zahlte er nur 2 Mk. und weigerte sich den Restbetrag herauszahlen. Der Chauffeur machte aber nicht lange Umstände, sondern nahm ihm einfach seinen Hut mit dem Bemerken, daß er nächstens den Hut gegen Herausgabe von 1 Mk. zurückerhalten könnte. Der Angeklagte bezeichnete das Verfahren als Diebstahl, worauf der Chauffeur nur entgegnete, dann sei das Verhalten des G. Betrug. Darüber geriet man schließlich handgemein aneinander. Der Angeklagte unterlag aber. Er scheint dadurch in furchtbare Wut geraten zu sein. Er wartete, bis das Auto abfuhr und warf dann mit einem dicken Backsteine die Schreibscheibe des Autos ein. Glücklicherweise konnte der Chauffeur durch schnelles Bücken den schlimmsten Schaden abwenden. Er wurde aber doch noch durch die vielen Glassplitter verletzt. Der Angeklagte behauptet, er sei angetrunken und in furchtbarer Erregung gewesen. Er will deshalb nicht wissen, wie er zu der Tat gekommen ist. Mit Vorsatz habe er nicht gehandelt. Das Gericht schenkt ihm aber keinen Glauben. Steht aber davon ab. Ihn ins Gefängnis zu bringen, weil er betrunken gewesen ist. Das Urteil lautet auf 200 Mk. Geldstrafe.

Buch ist Buch. In der mittelamerikanischen Republik Guatemala, wo deutsche Häuser große Kaffeeplantagen besitzen, guten Kaffee ernten und nach Deutschland schicken, feiern die einheimischen Indianer den Allerseelentag mit großem Ernst. Ein Berichterstatter der „Köln. Zeitung" beobachtete dabei einen heiteren Zwischenfall. Familienweise zogen sie an den Gräbern, wo sie Kerzen und Lebensmittel als Opfer darbrachten. Der Friedhof strahlte im Glanz von vielen hundert Kerzen. Ein alter, würdiger, weißhaariger Indio mit einer roten Binde um den Kopf fiel mir auf. Er hatte eine blaue Brille aufgesetzt und sang aus einem Buch eine Art Litanei vor, die die Meute andächtig nachsang. Beim Näherertreten bemerkte ich zu meinem Erstaunen, daß der Alte das Buch verkehrtherum hielt und daß es gar kein Gebetbuch war, sondern ein altes, abgelegtes Telefonadreßbuch von Guatemala. Der Mann wollte aber beileibe nicht bei frömmen oder sich auch nur wichtig machen. Er hatte nur gesehen, daß Priester in Büchern lesen, und so glaubte er, es genüge, wenn er irgendein Buch in die Hand nehme, um die für ihn so zauberhafte Wirkung hervorzubringen. Wie sollte er wissen, daß nicht alle Bücher der Welt denselben Inhalt haben?

Etatsorgen der lippischen Städte

Der Etat der Stadt Lage

Größte Sparsamkeit bei Erfassung aller zur Verfügung stehenden Einnahmequellen

Der Haushaltsplan der Stadtgemeinde für 1930 ist aufgestellt. Die Anlagen zu dem Plane selbst befinden sich noch im Druck. Der aufgestellte Entwurf schließt mit einem Fehlbetrage von 43200 Mark ab.

Es ist zu berücksichtigen, daß bei der Aufstellung des Planes bereits mit äußerster Einschränkung seitens der Verwaltung verfahren worden ist. Die Beseitigung des Fehlbetrages in Höhe von 43 200 RM. muß nach den Vorschriften der Regierung erfolgen, sie liegt aber auch sehr im Interesse der städt. Finanzen. Das Rechnungsjahr 1930 ist, wie sein Vorgänger, für unsere Stadt ein Notjahr. Größte Sparsamkeit bei Erfassung aller zur Verfügung stehenden Einnahmequellen. Der Stadtrat ist entschlossen, die Ausgleichung des Planes vorzunehmen. Er hat den Plan bis einschl. Titel V durchberaten und macht dazu folgende Vorschläge: Es werden gestrichen Ausgaben: Bürobedürfnisse usw. 2000 RM., Pensionsfondsrücklage 500 RM., Gefangenenverpflegung 50 RM., Impfärzte-Entschädigung 100 RM., Unterhaltung und Ergänzung des Spritzenhauses 1500 RM., Desinfektionen 100 RM., Unvorhergesehenes 100 RM., Bürobedürfnisse der Stadtkasse 900 RM., Fehlgeldersondsrücklage 500 RM., Sonstige Ausgaben 100 RM., Für ärztl. Behandlung usw. 300 RM., Mieten 300 RM., Sonstige Kosten 50 RM., Sonstige Kosten 100 RM., Unterhaltung der Gemeindegebäude 500 RM., Unterhaltung der gepflasterten Straßen 800 RM., Unterhaltung der nicht gepflasterten Straßen 4300 RM., Unterhaltung der Wege 5900 RM., Unterhaltung der Bürgersteige usw. 100 RM., Brücken, Stege usw. 1000 RM., Verkehrsschutzeinrichtungen usw. 300 RM., Sportplatzanlagen usw. 400 RM. Sa. 20 400 RM. Hierzu die hinzugesetzte Einnahme von 2500 RM. auf 3000 RM. = 500 RM. Sa. 20 900 RM. Abzusetzen sind die bei V 6 Einnahme gestrichenen 500 RM., so daß insgesamt gestrichen sind 20 400 RM. Bezüglich der restlichen Ausgleichung des Planes wird der Stadtrat nach vorgenommener Beratung der Titel VI a bis Schluß weitere Vorschläge machen.

Der Hauptausschuß hat den beschlossenen Streichungen usw. zugestimmt.

Stadtv. Mellies bedauerte, daß ein Landesbeamter das Krankenhaus in Lage als einen Palast bezeichnete. Es müsse demgegenüber gesagt werden, daß Krankenhäuser nicht als Paläste anzusehen seien. — Stadtv. Meßmann begrüßte den Ausgleich des Etats. Er bedauere allerdings, daß diese Einsparung auf Kosten des Straßenbaues geschehe. — Stadtv. Worst. Sauerländer weist auf den schlechten Zustand der Technikumstraße hin. Hier müsse das Pflaster etwas tun. Die Landboten aus Lage möchten sich einmal dafür einsetzen. — Bei den Beratungen werden einige kleinere Aenderungen gemacht. Die Weiterberatung des Haushaltsplanes wurde auf heute abend vertagt.

Barntrups Haushaltsplan

In der am Montagabend stattgefundenen Sitzung wurde beschlossen, das Vorkaufsrecht in Sachen Verkauf eines 760 Quadratmeter großen Bauplatzes zum Preise von 4.50 RM. je Quadratmeter an den Buchhalter Gust. Neutto nicht auszuüben. — Für Anlage eines Brunnens im Bültenholze zwecks Erfassung der Wasserhausquelle wurden 200 RM. bewilligt für die Erdarbeiten. — Zur Vorlage des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1930 gab der Bürgermeister folgende Erklärungen. Er erwähnte, daß gegen die Stadt z. Zt. zwei Klagen laufen. Soweit die Klage der Externalbahn-A.-G. Hameln in Frage komme, sei die Stadt verurteilt, für die Parzelle 359/77 (Reichsbahnanschluß) der Extertalbahn den Betrag von 2642 RM. zu zahlen. Der Vermögensbestand der Stadt sei durch Zukauf von 50 Ar Ackerland vergrößert, 1 Ar städt. Grundbesitz und das Hotel zum Schwan sei veräußert worden. Im vergangenen Jahre seien 4 Wohnhäuser mit 6 Wohnungen erbaut. Die aus dem Aufkommen der Entschuldungssteuer gegebenen Baudarlehen von rund 31 000 RM. seien zu Gunsten des Landes Lippe eingetragen, obwohl sie eigentlich der Stadt zuständen. Sodann äußerte der Bürgermeister den Wunsch, daß die Bevölkerung auch in der nächsten Badesaison in gleichem Maße wie im Vorjahre die Badeanstalt benutzen möchten, damit die erforderlichen Zinsen und Amortisationsbeträge aufgebracht würden. In kultureller Beziehung müsse aber besonders noch erwähnt werden, daß durch die Errichtung des Wasserwerkes im vergangenen Jahre bei der herrschenden außerordentlichen Trockenheit die Wasserversorgung der Stadt gesichert gewesen sei. — Der Haushaltsplan 1930 habe in Einnahme und Ausgabe dadurch balanziert werden können, daß vom Wasserwerksüberschuß ein Betrag von 1100 RM. und von der Sparkasse ein Betrag von 8000 RM. eingesetzt worden sei, die aber wohl kaum eingehen. — Es bestehe auch die Absicht, im Laufe der Jahre den alten Friedhof zu einem Stadtpark auszubauen. Der zur Ausführung erforderliche Kostenaufwand von 4000 RM. müsse aber auf mehrere Jahre verteilt werden. Neu eingestellt im Etat sei die Verzinsung und Amortisation der Anleihen für die z. Zt. im Bau befindliche Kläranlage mit Kanalerweiterung. — Die Verzinsung des Kontokorrent-Kredites habe von 2000 auf 4000 RM. erhöht werden müssen. Die Ansätze aus den Reichssteuern und Gemeindesteuern seien etwa die gleichen wie für das Jahr 1929 geblieben. Schon jetzt müsse aber darauf hingewiesen werden, daß im Hinblick auf die zwangsläufig eintretenden Ausgaben der Krisenfürsorge und der Ausgaben für ausgesteuerte Erwerbslose, es schwer fallen würde, einen größeren Fehlbetrag für 1930 zu vermeiden, da Mittel hierfür in den Voranschlag nicht eingesetzt seien. Der Stadtrat empfehle daher den Stadtverordneten für das Rechnungsjahr 1930 den Zuschlag zur Grundwert- und Gewerbesteuer von 100 Proz. auf 150 Proz. zu erhöhen.

Nach längerer Aussprache beschloß die Stadtverordnetenversammlung dann gemäß dem Beschlusse des Stadtrates, für das Rechnungsjahr 1930 einen Zuschlag von 150 Proz. zu der Grundwert- und Gewerbesteuer zu erheben. Stadtv. Sundermann stimmte gegen diesen Beschluß, weil er nur unter der Bedingung, daß die Stadt für Ausbesserung der Interessentenwege 5649 RM. bereitstelle und der Bürgermeister auf seine Dienstaufwandsentschädigung verzichte, dem obigen Beschlusse zustimmen könne. Die Versammlung behielt sich die Beschlußfassung über die Verwendung der Mehreinnahmen vor. Nach Ablauf des ersten Halbjahres soll eine Prüfung erfolgen, ob der Stand der Stadtkasse es erlaubt, für das letzte Halb- oder Vierteljahr auf Erhebung des Steuerzuschlages zu verzichten. — Unter Verschiedenes wurde beschlossen, die restlichen 700 RM. des Jagdpachtgeldes für die Instandsetzung des Hohenfelder Weges zur Verfügung zu stellen. Die Arbeiten sollen ebenfalls, wie beim Westerbergerwege, für den 1200 RM. zur Verfügung gestellt waren, durch ausgesteuerte Erwerbslose ausgeführt werden. Stadtv. Sundermann stimmte gegen die Bewilligung des Betrages, weil der Hohenfelder Weg kein Interessentenweg, sondern ein öffentlicher Weg sei. — Bezüglich der Anlage der Verbindungsstraße von der Bahnhofstraße zur von Harthausen Straße soll eine Ortsbesichtigung stattfinden. — Der Sparkassenrevisionsbericht soll 14 Tage lang zur Einsicht für die Stadtverordneten auf dem Stadtratsbüro ausliegen. — Zum Schluß wurde vom Stadtv. Klaus auf die beschämende Tatsache hingewiesen, daß von dem am Krieger-Ehrendenkmal am vergangenen Sonntag vom Gesangverein niedergelegten Kranze die Schleife (Reichsfarben) durch Bubenbände abgeschnitten sei. Der Bürgermeister sagte empfindliche Bestrafung zu, falls der Täter, dem man auf der Spur sei, überführt würde. Ebenfalls sei man den auswärtigen Tätern, die das Sperrschild der Straße am Teichberge entfernt hätten, auf der Spur.

Eine künstliche Balanzierung

Schötmar, 20. März 1930.

In der am Mittwoch stattgefundenen Stadtverordnetensitzung kam es zu lebhaften, aber sachlichen Auseinandersetzungen anläßlich der Beratung des Voranschlages 1930. Diesen Beratungen ging zunächst die Behandlung der Vorkaufsrechtsache Quest-Oetzmann voraus. Vom Vorkaufsrecht wurde abgesehen. — Die Baufluchtlinie am Altenteich wurde unter Aenderung des Städt. Bebauungsplanes von 16 auf 10 m verengt, um neues Baugelände zu gewinnen. Die Baufluchtlinie Lagerstraße—Mergelkuhle wurde in der von dem Bauherrn Hillebrenner beachteten Bebauungsgrenze genehmigt. — An Nachträgen wurden insgesamt 3057 RM. bewilligt, die sich aus verschiedenen Positionen ergeben. Der Finanzausschuß der Stadt hatte gleichfalls die Nachbewilligung empfohlen.

Zum Voranschlag 1930

nahm sodann Herr Bürgermeister Beckmann das Wort, der u. a. ausführte: Der Voranschlag schließt in Einnahmen und Ausgaben mit einem Betrag von 329 400 RM. ab. Die Balancierung ist jedoch nur scheinbar; der Etat hat nur ein zwangsläufiges und künstliches Gleichgewicht. Notwendige Ausgaben haben gestrichen werden müssen. Das Jahr 1930 ist ein Notjahr und von der Regierung ist den Städten und Gemeinden äußerste Sparsamkeit zur Pflicht gemacht.

Etwa 60 % aller Ausgaben sind zwangsläufig.

Der Redner behandelte sodann die einzelnen Positionen des Voranschlages. Die allgemeinen Verwaltungskosten betragen insgesamt 38 133,74 RM. Das entspricht einer Belastung von 8,32 RM. pro Kopf der Bevölkerung. Von allen lippischen Städten steht Schötmar am günstigsten. Die Polizeiverwaltungskosten betragen 19 204 RM. Für Schul- und Bildungswesen sind insgesamt 13 282,02 RM. eingesetzt. Für Wohlfahrtspflege sind 100 625 RM. vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahr ist dieser Betrag um etwa 14 000 RM. gestiegen. Besondere Sorge macht die Zahl der Arbeitslosen. Es erscheint notwendig, im Laufe des Jahres noch neue Mittel nachzufordern. Für die Bauverwaltung sind 26 200,40 RM. eingesetzt. In diesem Betrag sei aber die Anschaffung eines neuen Sprengwagens vorgesehen. Für Vermögens- und Schuldenverwaltung sind 44 539,29 RM. eingesetzt. Für Steuern einschl. Fehlbeträge sind 80 213,05 vorgesehen.

Zu den im Voranschlag eingesetzten Einnahmeposten bemerkte der Bürgermeister, daß sich eine

Erhöhung des Strompreises

nicht umgehen lasse. Die Stadt zahle seit Juli 1929 an die Stärkefabriken in Bad Salzuflen einen Mehrpreis von 1¼ Pfg. Schötmar verbrauche an Strom 40% für Licht, aber 60% für Kraft. Demgegenüber verbraucht beispielsweise die Stadt Bad Salzuflen an Kraft nur 25%, an Licht aber 75%. Trotzdem hat die Stadt Salzuflen den Strompreis für Licht auf 45 Pfg. erhöht. Für Schötmar müsse unbedingt mit einer Erhöhung des Lichtpreises auf 40 Pfg. gerechnet werden. Den Stadtverordneten wird eine besondere Vorlage über die Strompreiserhöhung zu der nächsten Sitzung zugehen. Der Zuschlag von 150% zur Gewerbesteuer sei notwendig.

Zum

außerordentlichen Etat

bemerkte der Bürgermeister, daß sich die Schaffung eines größeren Sitzungssaales notwendig mache; ferner sei eine Wohnung für den Kastellan erforderlich. Für diese Zwecke ist ein Betrag von 12 000 RM. in den außerordentlichen Etat eingesetzt. Ferner sind 5000 RM. vorgesehen für Instandsetzung und Planierung des Sportplatzes.

Hierauf trat das Kolleg in die Einzelberatung ein. Der für die Grenzbegehung eingesetzte Betrag von 300 RM. wurde nach Debatte gestrichen. Der für den Umbau des Rathauses eingesetzte Betrag von 12 000 RM. wurde erst nach ausreichender Debatte mit 9 : 6 Stimmen angenommen. Der für die Freilegung der Verbindungsstraße vom Altenteich zur Wasserfuhr eingesetzte Betrag in Höhe von 5000 RM. wurde gestrichen. Es ist erforderlich, daß zunächst einmal die schon zahlreich angebauten Straßenzüge ausgebaut werden, ehe an die Erschließung neuer und unbebauter Straßen gedacht werden kann. Der für die Instandsetzung der Alperstraße eingesetzte Betrag von 8500 RM. wurde zwar belassen, dagegen wird die Verwendung dieses Betrages erst später bestimmt. Hinsichtlich der Instandsetzung der Alperstraße bestehen Zweifel darüber, ob die Herrichtung der Straße selbst oder aber die Anlage einer Kanalisation notwendiger ist. Der für die Herrichtung der Werlerstraße eingesetzte Betrag in Höhe von 1500 RM. wurde in den ordentlichen Etat eingesetzt. Gegen den Ansatz von 5000 RM. für die Instandsetzung des Sportplatzes wandte sich Stadtv. Blanke mit der Begründung, daß er diesen Betrag für zu hoch ansehe. Man könne sich zunächst einmal mit einem Betrag von 3000 RM. begnügen. Später zog jedoch Stadtv. Blanke seinen zum Antrag erhobenen Einwand wieder zurück. — Die Zuschläge zur Gewerbe- und Grundwertsteuer bleiben bestehen. Sie betragen bekanntlich 150%.

Für die Beschaffung der Mittel für den außerordentlichen Haushaltsplan ist die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 25 000 RM. erforderlich.

Nach Schluß der Beratung lehnte Stadtv. Lambracht im Namen der sozialdemokratischen Fraktion unter Hervorhebung verschiedener Mängel den Etat ab. Der Haushaltsplan wurde hierauf mit nur 8 : 7 Stimmen angenommen. Schluß der Sitzung 24.15 Uhr.

Stadtverordnetensitzung in Blomberg

Blomberg, 20. März. In der am 19. d. M. stattgefundenen Stadtverordnetensitzung wurde folgendes beschlossen:

Der Verkauf eines Grundstücksdreiecks am Huxwiedebachweg an den Maurer Schrader, Sandkuhle, ist vom Stadtrat in 2. Lesung genehmigt. Der Preis beträgt 1,50 RM. pro qm. Schrader hat die anteilmäßigen Gerichts- und Vermessungskosten zu tragen. Ferner hat er auf eigene Kosten eine Einfriedigung herzustellen. Die Genehmigung des Verkaufs in 2. Lesung wird erteilt. — Der durch Umlauf von den Herren Stadtverordneten in 1. Lesung beschlossene Verkauf eines Bauplatzes an der Hausmannstraße an den Werkmeister Aulenberg wurde in 2. Lesung zu den üblichen Bedingungen genehmigt. Aulenberg gibt seinen auf der kleinen Schambrede gelegenen 913 qm großen Garten zum Preise von 1490 RM. für den Bauplatz in Zahlung. Die Restkosten des Bauplatzes werden als Hypothek wie üblich eingetragen. — Nachdem Herr Zimmermeister Tappe die Bauzeichnung für den Neubau Ecke Bahnhofstraße-Dieckmannstraße entsprechend den Vorschlägen des Bauausschusses umgeändert hat, wird vorgeschlagen, den Verkauf des genannten Platzes unter den üblichen Bedingungen an Zimmermeister Tappe in 2. Lesung zu genehmigen. Der Antrag wurde angenommen. — Die Preise für die städtischen Bauplätze auf der Mühlenbreite müssen für das Rechnungsjahr 1930 neu festgesetzt werden. Bauausschuß und Stadtrat schlagen vor, die Sätze des letzten Jahres bestehen zu lassen (4 RM. pro qm an der Bahnhof- und Hausmannstraße und 2,80 RM. pro qm an den Nebenstraßen). — Gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung sollte vor der Aufforstung der Fläche am Eichenberge eine genaue Absteckung und Abgrenzung der für die Aufforstung in Aussicht genommenen Fläche vorgenommen werden, und es sollte eine Besichtigung stattfinden. Nachdem diese inzwischen stattgefunden hat, wird vorgeschlagen, die Fläche hinter den Eichen vor dem Eichenberge mit Baumgruppen verschiedener Baumarten zu bepflanzen. Der Abhang zwischen Eichenberg und Grundstück Lange ist aufzuforsten. Die Bepflanzungen des Rusterberges werden vorläufig zurückgestellt. — Aus einer Eingabe des Betriebsleiters Langemann wurde bekanntgegeben, daß beim Jahresabschluß der städtischen wirtschaftlichen Betriebe mit einem nennenswerten Ueberschuß nicht zu rechnen ist. — Ein Schreiben der Oberschulbehörde behandelt die Frage der prüfungslosen Aufnahme der hiesigen Rektorschüler in höhere lippische Schulen. Es wird vorgeschlagen, sich erneut mit der betr. Behörde in Verbindung zu setzen und zu erwirken, daß die Qualifikation zur Aufnahme schon dadurch gegeben wird, daß der Schüler allein schon durch das Zeugnis diese erhält. — Gemäß § 3 der Sparkassensatzung trat Oberregierungsrat Dr. Volmer als Vorsitzender des Sparkassenausschusses von diesem Posten zurück. An dessen Stelle trat Bürgermeister Dr. Bargob. — An Gewerbe- und Grundwertsteuerzuschlägen sollen 150% vorläufig erhoben werden. In absehbarer Zeit soll die Angelegenheit weiter behandelt werden. — Die Besprechung der einzelnen Titel des vorgeschlagenen Haushaltsplanes fand allgemeine Zustimmung, mit Ausnahme der Bewilligung des Zuschusses zur Rektorschule. Mit einer Stimmenmehrheit 9 zu 6 wurde der Zuschuß bewilligt. — Die Löhne der Stadtarbeiter sollen einer Prüfung unterzogen werden. — Betreffs des Neubaues einer Berufsschule sowie zur Pflasterung der Hagenstraße ersucht Stadtverordneter Albert, eine Anleihe zu mäßigen Zinssätzen hereinzunehmen. Stadtverordn. Finke setzte sich restlos für den Berufsschulneubau ein. Es wurde betont, falls der Antrag zur Schule fallen gelassen wird, Blomberg ins Hintertreffen gerate. Auch im Interesse der Arbeitslosen sei dem Projekt näherzutreten. — Die Verabschiedung des Haushaltsplans soll kommenden Donnerstag in einer hierzu einzuberufenden Stadtverordnetensitzung genehmigt werden.

Die Kunst. Verlag F. Bruckmann, A.-G. München. Im Abonnement monatlich 2.85 Mk. — Ein unschätzbarer Vorzug dieser Monatsschrift ist die lebendige Art, mit der sie uns in sicherer Führung ohne einseitige Beleuchtung Augenblicke in das zeitgenössische Kunstschaffen erschließt. Aber nicht nur schöne Künste und vertreten, auch der Gestaltung von Wohnung und Garten dient das Heft durch Vorführung gelungener Beispiele. Amerikanische Wohnungskunst, neue Kunstschmiedearbeiten, Gärten, Siedlungsbauten Spitzen, Stickereien, Silbergeschirr usw. sehen wir in vorbildlicher Auswahl.

Nord und Süd. Monatsschrift, herausgegeben von Prof. Dr. Ludw. Stein. — Der Märzheft ist der Londoner Flottenkonferenz gewidmet, und wie immer, äußern sich über das Thema in dieser Monatsschrift Autoritäten. Nämlich Winston Churchill, der ehemalige englische Schatzkanzler, über den Begriff der Flottengleichheit; William Borah, der prominenteste amerikanische Senator, über Seeherrschaft und Freiheit der Meere; Guglielmo Ferrero, der berühmte Geschichtsphilosoph, über die Unterseebootsfrage; der französische Senator Lemery über Flottenkonferenz und Völkerbundpakt. — Außerdem spricht in diesem wieder erstaunlich reichhaltigen Heft der österreichische Bundeskanzler Schober über Österreich Deutschland und Europa; der Chef der französischen Radikalen Daladier, der vergebens ein Mittelministerium zu bilden versuchte, und der bedeutende tschechische Schriftsteller Karl Tschapek über die Jugend des soeben 80 Jahre alt gewordenen Präsidenten Masaryk.

Kaffee doch nicht teurer!

Trotz Zollerhöhung:-

Wichtig nur:

Bohnen feiner mahlen und mit Hilfe von „Webers Carlsbader" besser ausnutzen.

Kaffee wird dadurch kräftiger im Geschmack, voller im Aroma, schöner im Aussehen!

Päckchen zu 40 Pf. reicht 4 Wochen.

Brief-Kasten

F. B. Nr. 50. Wenn Ehefrauen gegen Invalidität versichert gewesen sind und die Wartezeit erfüllt haben, so können nach ihrem Tode auch ihre ehelichen Kinder die Waisenrente erhalten. Voraussetzung aber dafür ist, daß die Verstorbene auch nach Aufgabe der versicherungspflichtigen Beschäftigung die Anwartschaft auf die Versicherungsleistungen durch Verwendung von mindestens 20 Wochenmarken in je 2 Jahren aufrecht erhalten und außerdem nach ihrer Verheiratung aus ihrem Arbeitsverdienst zum Unterhalt der Familie beigetragen hat. Wenn beim Tode Ihrer Ehefrau vor 1½ Jahren für Ihren gefährlichen Sohn eine Waisenrente nicht festgesetzt ist, so hat das wohl darin seinen Grund gehabt, daß Ihre Frau die 7 Quittungskarten schon vor ihrer Verheiratung geklebt und seitdem eine versicherungspflichtige Beschäftigung nicht mehr ausgeübt hat.

Einen umfassenden Überblick über die kommende Frühjahrs- und Sommermode gibt „Riegers Deutsche Modenzeitung". Preis des Heftes mit großem Schnittbogen 50 Pf. Durch jede Buchhandlung zu beziehen oder auch vom Verlag Otto Beyer, Leipzig, Weststraße 28.

Aus dem Vereinsleben

Anläßlich des Stiftungsfestes der Freien Turnerschaft Detmold am kommenden Sonntag wird auch die Gruppenriege mitwirken. Diese setzt sich zusammen aus den besten Geräteturnern innerhalb der Lippischen Gruppe und ist ein bekannter und gern gesehener Gast. Besonders die Freunde des Geräteturnens sollten es nicht versäumen, die vorbildlichen Übungen der Gruppenriege am Barren und Reck anzusehen. Daneben werden die Abteilungen des Vereins ein abwechslungsreiches Programm zur Durchführung bringen, so daß sich ein Besuch auf alle Fälle lohnen wird. Die Veranstaltung, der sich ein Festball anschließen wird, beginnt pünktlich um 3,30 Uhr nachmittags im Volkshaus.

*

Der Lippische Obst- und Gartenbauverein hielt am 16. d. M. im Arminius-Hotel zu Detmold eine Versammlung ab, die den Mitgliedern einen höchst interessanten und im wahrsten Sinne genußreichen Vortrag bot. Der Vertreter der bekannten Maggi-Werke, Herr Rödiger, ließ zunächst einen aus 4 Teilen bestehenden Film abrollen, welcher den Anwesenden ein anschauliches Bild von den riesenhaften, aufs zweckmäßigste und sauberste hergestellten Einrichtungen der Maggiwerke in Singen am Hohentwiel vorführte. In eingelegten Pausen hatten alle Anwesenden Gelegenheit, sich durch Genuß von dem vorzüglichen Geschmack der Fleischbrühe, einer Tomatensuppe mit Reis sowie Brechbohnchen mit zugesetzter Maggiwürze zu überzeugen. Der Vorsitzende versehlte nicht, dem Herrn Vertreter Rödiger den besten Dank des Vereins abzustatten.

Kirchliche Nachrichten

Sonntag, den 23. März 1930.

Gottesdienste.

Reformierte Stadtkirche. Sonnabend, 8 Uhr: Vorbereitung zur Abendmahlsfeier. Pastor Werdelmann. — Sonntag, 10 Uhr: Konfirmation der Konfirmanden des ersten Pfarrbezirks mit anschließender Abendmahlsfeier. Pastor Werdelmann. 3 Uhr: Prüfung der Konfirmanden des 2. Pfarrbezirks (Pastor Fahr). — Mittwoch, 8 Uhr: Passions-Andacht mit anschl. Feier des hl. Abendmahls (Konf.-Rat Scheumann). — Sonnabend, 5¼ Uhr: Wochenschluß-Andacht.

Landkrankenhaus. 9 Uhr: Pastor Meyer.

Katholische Kirche. ½8 Uhr: Frühmesse mit Predigt. 9 Uhr: hl. Messe mit Predigt. 10¼ Uhr: Hochamt mit Predigt. 6 Uhr: Andacht mit Segen.

Neuapostolische Gemeinde e. V. (Klüter Straße). Sonntag, 10 Uhr: Gottesdienst. 11½ Uhr: Sonntagsschule. 4 Uhr: Gottesdienst — Mittwoch, 8 Uhr: Gottesdienst.

Heidenoldendorf. 1.30 Uhr: Kindergottesdienst.

Ferrenkrbke. 1.30 Uhr: Kindergottesdienst.

Bahlhausen. 8 Uhr: Konfirmandenvorstunde. 9.30 Uhr: Predigt. 11 Uhr: Jugendgottesdienst. — Donnerstag, 8.30 Uhr: Nähen des Frauenvereins. — Freitag, 7.30 Uhr: Passionsgottesdienst. — Sonnabend, 5 Uhr: Abendmahlsvorbereitung.

Versammlungen.

Reformierte Stadtgemeinde. Sonntag, 8 Uhr: Jungmädchenverein „Frohe Jugend" (Stadtküche). — Mittwoch, 8.15 Uhr: Kirchenchor (Gemeindehaus). — Donnerstag, 8 Uhr: Christlicher Verein junger Mädchen (Paulinenanstalt); 8.30 Uhr: Jungmädchenverein „Frohe Jugend" (Stadtküche). — Freitag, 8.30 Uhr: Gemeindebibelbesprechung (Gemeindehaus).

Lutherischer Konfirmandensaal. Sonntag, 7¼ Uhr: Jungmädchen-Verein. — Montag 8 Uhr: Kirchenchor. — Freitag, 4 Uhr: Gemeinschaftsstunde; 8 Uhr: Singabend der Frauenhülfe.

Remmighausen Dienstag, 8 Uhr: Christl. Verein junger Mädchen.

Heidenoldendorf. Sonntag, 7.30 Uhr: Christl. Verein junger Männer (Spiele). — Montag, 8.15 Uhr Christlicher Verein junger Männer (Musik und Gesang). — Dienstag, 8 Uhr: Jungfrauen-Verein. Mittwoch, 8 Uhr: Blaukreuzstunde. — Donnerstag, 8.15 Uhr: Christlicher Verein junger Männer (Bibelbesprechstunde). — Freitag, 6 Uhr: Jungschar;